

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 30. Jan. Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichtsrath Karl Pasch zu Ehrenbreitstein den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Hüttenamtsdirektor, Berggrath Kalide zu Gleiwitz und dem Rendanten der Oberbergamtshauptkasse zu Dortmund, Hauptmann a. D. v. Grolman, dem Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Berggrath Foerster zu Waldenburg, dem Kassenkontrolleur und Buchhalter, Rechnungsrauth Walter zu Bochum, dem Kreiskassenrentanten, Rechnungsrauth Knuth zu Danzig, dem Kassensrentanten und Domänenamts-Polizeiverwalter Schmitz zu Grüssau im Kreise Landeshut und dem Ober-Poststetretär Hoffmann zu Erfurt dem Roten Adler-Orden zweiter Klasse, dem Herzoglich braunschweigischen Hauptmann v. Braun im Leib-Bataillon den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, so wie dem Sattelmeister Gottlieb Scheffler beim westfälischen Landgericht zu Warendorf und dem Schulzen Johann Friedrich August Puhlmann zu Neu-Madditz das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Ober-Poststetretär Mühling in Danzig bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Titel als „Rechnungsrauth“; so wie dem Kreisphysikus Dr. Becker zu Neu-Ruppin den Charakter als Sanitätsrat; und dem Apotheker Eugen Sinowow zu Pankow das Prädikat eines Königlichen Hof-Apothekers zu verleihen; endlich dem Betriebsdirektor der Köln-Mindener Eisenbahn, Baurath Theodor Leopold zu Denz, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Großherzoglich luxemburgischen Ordens der Eichenkrone zu ertheilen.

Dem Dr. Fuhrkötter, Oberlehrer an der Realschule zu Elberfeld, ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Horwitz in Liebenwerda ist vom 1. April d. J. ab in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Grünberg mit Verleihung des Notariats im Departement des Königlichen Appellationsgerichts zu Glogau und mit Anweisung seines Wohnsitzes in Grünberg verliehen worden.

Nr. 26 des St. Anz. enthält Seitens des I. Ministeriums für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten einen Bescheid vom 9. Januar 1861, betr. die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden zur Regulierung der öffentlichen Abgaben und Lasten in solchen Disziplinationsfällen, wo nachträglich die Berichtigung eines im Separations-Regel nur ideell subrepartierten Gesamt-Abfindungsplanes stattfindet.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Mittwoch 29. Jan. Nachm. Das heutige „Dresdner Journal“ veröffentlicht die Replik Sachsen auf die Antwort Österreichs bezüglich des Bundesreformprojekts. Der Minister v. Beust sucht, indem er letzteres rechtfertigt, darzuthun, daß die von Sachsen gewachten Vorschläge die Zusammengehörigkeit Österreichs mit Deutschland besser sichern, als die österreichischen Vorschläge selbst.

Southampton, Mittwoch 29. Jan. Vormitt. Die Sonderbundskommissare Mason und Slidell sind am Bord des Paketbootes „la Plata“ heute Morgen hier eingetroffen. (Eingeg. 30. Januar 9 Uhr Vormittags.)

Revolution und Reformation.

Leben wir nicht in einem inhaltlichen Zeitschritte? Gewiß! Hinter uns liegt eine reiche Vergangenheit, dicht vor uns liegt eine reiche Zukunft für Preußen, für Deutschland, noch ungeboren, aber in ungeduldiger Werdelust das schöpferische Vermögen der Gegenwart herausfordernd. Es hilft nichts, wir müssen Geschichte machen, — und da thut es gut, unbekürt von den schablonenhaften Schlagwörtern aus dem Lexikon des Parteidaders, die freilich für politische Backfische ein reizender Köder sind, über die größeren Züge und Impulse eines solchen Zeitraums sich zu orientiren, um eine sichere Uebersicht zu gewinnen, zu behalten. Ohne Zweifel ist die neueste Zeitrichtung eine grundverschiedene von derjenigen, welche die Vorgänge von 1848 erzeugte und charakterisierte. Wir wären allerdings heute nicht, wo wir sind, ohne diese Ereignisse, welche eine Welt außer Atem brachten; doch ist unser Boden ein anderer, und unsre politische Lust eine andre, wie damals. Unsre Zeit drückt in ihrer Physiognomie zwar eine Familienähnlichkeit aus mit jener Epoche; doch eben nur eine Ähnlichkeit.

Wie in das Naturleben, so treten ja zu Zeiten in das Volksleben Orkane ein, welche die Atmosphäre reinigen. Das sind die Revolutionen. Sie sind noch nicht selber der Segen, sondern bereiten ihn erst vor. Sie segen in ihrem orkanhaften Ungeheuer die stämmigsten Triebhümer aus den Volksgeistern hinaus und die hartgesottensten Vorurtheile. Die Revolutionen bringen eine Reinigung über die Welt der Ideen. Wenn der Genius der Geschichte die gesellschaftliche Ordnung baufällig findet, dann läßt er einmal die Völker Revolutionen machen. Zu einem Umbau ist notwendig, daß das Baufällige in Trümmer geworfen und der Schutt hinweggeräumt werde. Dies vollbringen die Revolutionen. Aber ist das schon der Umbau? — Es ist nur die Voraussetzung dazu. Die menschliche, die staatliche Gesellschaft bedarf dann der positiven Schöpfungen. Der Welt der Wirklichkeit ist nicht gedient mit der Revolution, mit dieser leibhaftigen Kritik, welche den alten morschen Staatenbau negirt; sie sucht nach Fleisch und Blut und Gliedmaßen, um einen neuen Gesellschaftskörper zu formen, dem sie die neue Seele einhauchte. Das ist, was eine politische Reformation genannt wird. Unter den glücklichsten Auspizien steht derjenige Staat, der es richtig verstände, nach erfolgter Revolution, den Weg der Reformation einzuschlagen. So wird der Läuterungsprozeß vollstreckt, welcher die Völker aus dem sozialen Fegefeuer zur sozialen Glückseligkeit hinüberschafft.

Ist der Maßstab für das Glück eines Staates zutreffend, daß jeder Bürger, wie der *civis romanus*, der Bürger des klassischen Rom, seinen vornehmsten Stolz d'chein sagt, ein Bürger seines Staats zu sein; dann kann England, seiner vielfachen Gebrechen

ungeachtet, für das Gesagte ein mustergültiges Zeugniß abgeben. Als Englands Staatschiff im 17. Jahrhundert den Orkan der Revolution überstanden hatte, lief es in das Fahrwasser der politischen Reformation ein, um bis heute vorwärts zu segeln und seine Bürger dadurch zu beglücken, daß sie seine Bürger sind. Auch Frankreich ist hierfür ein Muster. Aber was für eines? Ein Muster, wie es ein Staat nicht machen darf, wenn er zu einer geregelten Wohlfahrt gelangen soll. Frankreich kommt aus dem Revolutionsgetriebe nicht heraus. Dort tobten die Orkane, wie zur Kurzweil, bald wild nach vorne treibend, bald in der Beschaffenheit eines Kontresturmes; die Schwankungen des Staatschiffes hören nicht auf, und die verfassungsmäßige Gesetzlichkeit sitzt auf der Schaukel. Um nun unsere deutschen, insbesondere preußischen Zustände vom rechten Lichte aus zu betrachten, sind daher die zwei Kardinalpunkte nicht aus dem Auge zu verlieren: daß wir erstlich auch eine Revolution gehabt haben, und daß wir zweitens nicht mehr in der Revolution darin sind. Wir sind beim Reformiren angelangt. Danach kann man auch den Werth oder Unwerth der Parteien innerhalb und außerhalb der Kammer bemessen. In der Theorie ist seit 1848 eine sehr radikale Säuberung bei uns vorgegangen; man streitet sich eigentlich bloß darum, wie die modernen Staatstheorien beschleunigter oder allmäligter, vortheilhafter, getreuer für die Idee der Volksfreiheit in die Sprache der Praxis zu übersezten seien. Oder giebt es heute noch in Deutschland, in Preußen, eine Partei, die zu den lebenden zählt, welche etwa das Prinzip der Rechtsgleichheit in der Theorie in Abrede stellt? Oder das Repräsentativsystem nicht für ein Gebot der Gerechtigkeit hielt, daß ein Volk, welches sich ein mündiges titulirt, sein eigener Gesetzgeber werde? Oder giebt es heute noch eine Partei unter den lebensfähigen, die es nicht wahr haben wollte, daß den deutschen Völkern ebensowohl die Pflicht obliege, als sie das Recht dazu haben, eine Nation zu werden, um ihre Weltstellung auszufüllen?

Kurz, wir haben eine Revolution hinter uns mit den fruchtbarsten Erfolgen, insofern es die Theorie in den Köpfen angeht. Da ist tüchtig aufgeräumt mit dem guten alten Staatskohl und der guten alten Vorurtheit des Stammes-Partikularismus. Was nunmehr unser Werk ist, das ist die Reformation, der Aufbau, der Umbau im staatlichen im nationalen Leben, welcher für die theoretischen Errungenhaften der reale Leib würde. Wie ist dieser Bau umfassender, dauerhafter, solider in Angriff zu nehmen? Davon ist im wesentlichen der Streit der Parteien herzuleitung, darauf ist er zurückzuführen. Weil aber Alles darin Eins ist, daß wir aufgehört haben, zu revolutioniren; deshalb ist Alles auch darin Eins, daß ein tumultuarisches Übergreifen heute nicht mehr an der Tagesordnung, heute nicht mehr patriotisch sein könne. In der Revolution liebt man die Freiheit stürmisch, wie eine Braut; man liebt sie in der Reformation machtvoll, wie eine Gattin.

Posen, 29. Januar. Dr. C.-K.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 29. Jan. [Die französische Thronrede und die Handelsnegoziationen; Diplomatisches; Rom gegen die nationale Agitation des polnischen Klerus.] Man hat in der Stelle der französischen Thronrede, welche den Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen eine schmeichelhafte Aufmerksamkeit zuwendet, nur eine höfliche Antwort auf die höfliche Anerkennung finden wollen, die König Wilhelm in seiner jüngsten Thronrede dem Zusammentreffen in Compiegne gewidmet hatte. Den Zusammenhang beider Kundgebungen wird Niemand in Abrede stellen; aber man darf nicht unbeachtet lassen, daß unser König nur äußerst einfach von „freundlich-nachbarlichen Beziehungen“ sprach, während Napoleon das Streben Frankreichs nach einem „engeren Anschluß“ an Preußen proklamirt. Die Bedeutigkeit dieser Worte mag den österreichischen Staatsmännern Kopfschmerzen machen. Hier bezieht man die Anerkennung in erster Linie auf die Handelsvertrags-Negoziationen mit dem Zollverein, deren sonst in der Thronrede weiter nicht Erwähnung geschieht. Über den Stand der betreffenden Unterhandlungen sind widersprüchvolle Gerüchte im Umlauf. So viel ich erfahre, bleiben auch nach den neuesten, nicht unerheblichen Zugeständnissen Frankreichs noch mancherlei Differenzen über mehrere Tariffäste bestehen; dennoch hofft man auf eine Verständigung in nicht gar ferner Zeit, weil auf beiden Seiten der ernste Wunsch vorhanden ist, dem nachbarlichen Verkehr jede thunliche Erleichterung zuzuwenden.

Die Gerüchte, welche eine baldige Besetzung der erledigten Diplomatenposten Preußens verkünden und sogar schon die Kandidaten für die einzelnen Stellungen bezeichnen, sind, wie ich von kompetenter Seite erfahre, noch immer verfrüht. Bis jetzt liegen an allerhöchster Stelle noch keine bestimmten Vorschläge zur Entscheidung. Nur soviel scheint festzustehen, daß Fürst Neuhoff nicht unmittelbar zur Leitung der diesseitigen Gesandtschaft in Paris emporsteigen wird, und daß die Herren v. Bismarck-Schönhausen und Graf v. Goltz auf die wichtigsten Posten Anwartschaft haben. — In jüngster Zeit ist von Unterhandlungen die Rede gewesen, welche Preußen in Rom angeknüpft haben sollte, um von dort aus den Nationalitätsfanatismus eines Theiles der katholischen Geistlichkeit im Großherzogthum Posen zu bekämpfen. Es mag dahingestellt bleiben, in wie weit man vertrauliche Besprechungen als Unterhandlungen bezeichnen darf. Jetzt erfährt man aus sicherer Quelle, daß der römische Stuhl die Theilnahme des Klerus an der polnischen Agitation keineswegs billigt und sich entschlossen hat, ein Wort ernster Abmahnung an die betreffende Adresse zu richten. Man scheint in Rom besser, als an manchem Bischofssitz, zu begreifen, daß die Kirche dem

Innerate
(1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum: Recken am verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Kaiser geben muß, was des Kaisers ist, wenn sie ihr eigenes Recht gewahrt wissen will.

C Berlin, 29. Januar. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Heute Morgens 8 Uhr fuhr der König, der Kronprinz, die Prinzen Albrecht, Albrecht Nikolaus, der Prinz August von Württemberg, der Fürst Wilhelm Radziwill, der Oberst-Kammerherr Graf Redern, der Ober-Jägermeister Graf v. d. Asseburg, die Minister Graf Bernstorff, v. Noen, v. Schleinitz u. c. nach Potsdam, hielten dasselb in den königlichen Gärten eine Treibjagd auf Hagen ab, die eine reiche Beute lieferte, und kehrten Nachmittags mittelst Extrazuges wieder hierher zurück. An dem Diner im königlichen Palais nahmen alle die Herrschaften Theil, welche zur Jagd geladen waren. — Die Königin besuchte heute, von der Palastdame Gräfin Hacke begleitet, das Atelier des Prof. Drake und besichtigte dort das Standbild ihres Gemahls, das für die Brücke in Köln bestimmt ist. — Heute Vormittag hielt der Prinz Karl in seinem Palais ein Kapitel des Johanniterordens ab und erschien die Ritter später auch an der prinzlichen Tafel. — Gestern Abend besuchten die Prinzen und Prinzessinnen des Königshauses, mit Ausnahme des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin, das Handfest des Handelsministers v. d. Heydt. Der König und die Königin unterhielten sich mit vielen Gästen, mit den Ministern, Generälen, Landtagsmitgliedern, Kaufleuten u. c. auf das Leutestigste und zogen sich um Mitternacht zurück; gleichzeitig verabschiedeten sich auch die Prinzen und Prinzessinnen; nur die Frau Prinzessin Friedrich Karl und der Prinz-Admiral Adalbert blieben noch bis 2 Uhr und tanzte die Frau Prinzessin mehrere Touren. — Zur Feier des Geburtstages der Prinzessin Alexandrine ist am Sonnabend bei ihrem erlauchten Vater, dem Prinzen Albrecht, Familietafel, an der auch die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, der Prinz August von Württemberg, der Prinz Wilhelm von Baden und der Prinz Heinrich von Hessen erscheinen. — Abends beobachten die hohen Herrschaften den Subscriptionsball durch ihre Gegenwart.

An Stelle des Legationsrates Theremin geht nunmehr der Wirk. Legationsrat v. Eichmann als Ministerresident nach Rio Janeiro und soll seine Abreise Ende April erfolgen. — Der Abg. Gabcke aus Wittstock ist der Auforderung seiner Wahlmänner gefolgt und hat sich der Fraktion der Fortschrittspartei angeschlossen. — Gestern überraschte die Polizei in einer Gasse der Königstadt eine Spielergesellschaft. Einige 40 Personen, in der alle Stände vertreten waren, wurden festgenommen und von etwa 100 Schutzmännern nach dem Polizeipräsidium transportiert. Eine zahllose Volksmenge, die hier immer schnell zur Stelle ist, erschwerte den Transport. Unter den Verhafteten befanden sich auch Kellner und Dienstleute. — Bei dem milden Wetter werden schon Bauten in Angriff genommen. Auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhofe kommt ein Erweiterungsbau zur Ausführung, der längst Bedürfnis war. —

Als vor mehreren Jahren der Plan aufstach, den Dönhofplatz zu einer überdeckten Markthalle nach dem Muster der Pariser und Brüsseler Hallen umzuschaffen, wurde derselbe von vielen Seiten willkommen geheißen. Was damals aus Mangel an den erforderlichen Mitteln unterblieb, soll jetzt in grohartiger Weise durchgeführt werden, indem man den Platz mit einem prächtigen Kuppelbau in Glas und Eisenkonstruktion zu überspannen beabsichtigt, worin unter mehreren hundert eleganten Läden, oben große Nämne zu Estaminets, Cafés, Restaurants u. c. und im Innern endlich auf mehreren Galerien Verkaufsplätze für Händler mit Gemüse u. c. eingerichtet werden sollen, die, durch zahlreiche Springbrunnen und eine gute Ventilation küh und lustig erhalten, den Händlern gesunde und geschmackvolle Räume bieten würden. Die Zweckmäßigkeit, Pracht und Eleganz der Baulichkeiten dürfte der Stadt zu einer ihrer schönsten Zierden gereichen und die ganze Einrichtung der Markthalle dem Marktverkehr in hohem Grade förderlich sein.

[Misstrauensvotum.] Am vergangenen Freitag ist von den Wahlmännern in Wittstock der Beschuß gefasst worden, dem Abgeordneten Gabcke, welcher bei seiner Wahl den Wahlmännern gegenüber nicht allein erklärt, daß er auf dem Boden der Fortschrittspartei stehe, sondern auch sein Ehrenwort verpfändet hatte, sich zu Waldeck und Schulze-Delitzsch halten zu wollen, dann aber sich zur Fraktion Grabow hält, aufzufordern, sofort zur Fortschrittspartei überzutreten oder aber sein Mandat niederzulegen, und wird dieser Beschuß ihm schriftlich mitgeteilt werden; außerdem erhält der Abgeordnete Gabcke noch ein Misstrauensvotum von sämtlichen Wahlmännern der Fortschrittspartei des Wahlkreises Wittstock, Perleberg, Pritzwalk und dahin gehörige Ortschaften. (S. Berl. (Korr.)

[Eine für Holstein verbotene Druckschrift.] Der dänische Konfessorpräsident Hall hat in seiner Eigenschaft als Minister für Holstein und Lauenburg so eben ein Verbot erlassen gegen den Verkauf und die Verbreitung der von Möller und Scherl in Berlin angekündigten Schrift: „Hermann, der erste Befreier Deutschlands. Roman für das deutsche Volk von G. H. v. Dedenroth.“ Der Grund des Verbots einer Schrift, die Herr Hall erst aus der Ankündigung kennt, und wovon erst 4 Hefte vorliegen, ist wohl die in der Einladung zur Subskription enthaltene Bemerkung, daß von jedem bezahlten Exemplar 10 Sgr. für die deutsche Flotte bestimmt sind.

Potsdam, 28. Jan. [Eine streitige Stiftung.] Die vor einiger Zeit in Berlin verstorbene Witwe des früheren Rechtsanwalts Dorothea hielte hat der Stadt Potsdam ein Kapital von 30.000 Thlr. zu dem Zwecke vermacht, daß solches als eine „Max Dorothea-Stiftung“ verwaltet werden solle, auf welcher alljährlich am Todestag des im Jahre 1849 während des Feldzuges in Baden wegen Hochverrats kriegsrechtlich erschossenen früheren Kammer-

gericht-Auskultators Max Dörfel, eines Sohnes der vorgenannten Cheleute, eine Unterstüzung an würdige und bedürftige Handwerksgegenden zu verabreichen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist die Frage verhandelt worden, ob die städtischen Behörden zur Annahme dieses Legats unter der erwähnten Bedingung sich veranlassen seien könnten. Die Frage soll durch eine Kommission zuvorderst einer näheren gutachtlchen Beurtheilung unterzogen werden.

Danzig, 27. Jan. [Flotte.] Für die deutsche Flotte unter preußischer Führung sind bis jetzt hier 4163 Thlr. gesammelt worden; die Sammlungen werden fortgesetzt. — Der Korvettenkapitän Henk, in dienstlichen Angelegenheiten vom königlichen Marineministerium hierher kommandiert, ist hier angekommen.

Dramburg, 28. Jan. [Beurtheilung.] Das hiesige Kreisgericht hat den Schulehrer und Küster Müller aus Alt-Lobitz, der Gotteslästerung, der Verhetzung und Verachtung der christlichen Religion und deren Gebräuche und der Beschimpfung der christlichen Herrlichkeit angeklagt, schuldig erkannt und zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Lästerungen, welche die "Pommersche Zeitung" nach der Anklage mittheilt, sind der Art, daß das Publikum über das niedrige Strafmaß ganz verwundert war. (Dr. J.)

Destreich. Wien, 28. Jan. [Destreichs und Frankreichs Politik in Italien.] Die politischen Großungen, die Graf Rechberg dem Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses gemacht hat, müssen sehr vieldeutig gewesen sein, denn jedes Journal bringt seine Variante zu den Mittheilungen. Nur das Eine ist sicher, daß in Bezug auf die auswärtige Politik des Ministeriums alle Mitglieder des Ausschusses wo nicht befriedigt, doch ziemlich beruhigt sind. Jeder hat den Eindruck empfangen, daß unsere Regierung von der Absicht, die ihr piemontesische Journale in und außer Italien imputiren, himmelweit entfernt ist. Graf Rechberg hat sich nicht nur gegen jeden Restaurationsversuch ausdrücklich und bestimmt vertheidigt, er hat selbst erklärt, daß die Regierung die Hand, die ihr früher zu solchen Unternehmungen geboten wurde, zurückgewiesen hat. Auch die Nachricht, daß unsere Regierung den Vorstellungen, welche darauf gerichtet waren, Franz II. zu dem Entschluß zu bringen, Italien zu verlassen, einige Unterstüzung zusicherte habe, hat in den Großungen des Ministers eine Bestätigung gefunden. Im Ganzen erkennt man aber aus den Mittheilungen, die Graf Rechberg über seine eigene und Frankreichs Haltung den italienischen Angelegenheiten gegenüber gemacht hat, daß beide Theile ein maskirtes Spiel gegen einander spielen. So soll sich aus Ausführungen des Ministers ergeben haben, daß im vorigen Jahre Frankreich in Wien wissen ließ, man würde nichts dagegen zu erinnern haben, wenn Destreich in Neapel intervenire. Wahrscheinlich ward dabei auf eine unauslösoliche Entzweitung Destreichs und Englands gerechnet; man war aber hier belogen und einsichtig genug, der Verlockung zu entgehen und Frankreich darauf aufmerksam zu machen, daß ihm die Aufgabe näher liege. Ganz auf denselben Gang der Betrachtungen wird man geführt durch die vom Grafen Rechberg dargebotene Unterstüzung zur Entfernung Franz II. aus dem Kirchenstaate. Napoleon III. giebt sich die Wiene, den Wünschen Piemonts hierin zu willfahren; seine Bemühungen sind aber so augenfällig, daß es ihm offenbar mehr darum zu thun ist, an seine Willfähigkeit glauben zu machen, als sie wirklich zu bekräftigen. Man weiß ja längst, wie in den Tuilerien gar nicht gewünscht wird, der Illyrisation Italiens die Wege allzu sehr geebnet zu sehen. Graf Rechberg hat dies ohne Zweifel längst erkannt, und daher seine Bereitwilligkeit, Frankreichs scheinbares Bemühen, einen Stein des Anstoßes für Piemont aus dem Wege zu räumen, eben so scheinbar die Unterstüzung Destreichs zu leihen. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, hat es sicher nichts Ueberraschendes, Destreich mit Frankreich in einer Richtung vereint zu sehen, in welcher anscheinend piemontesisches Interesse gefördert und Legitimitätsansprüchen verlegt werden. (B. 3.)

[Lagesnotizen.] Die "Wiener Zeitung" bringt in ihrem amtlichen Theile mehrere "mit Allerhöchster Entschließung" erfolgte Enthebungen höher gestellter ungarischer Beamten. Aufgefallen ist dabei, daß, während es z. B. bei dem Obergespan des Inner-Szolnoker Komitals im amtlichen Blatte heißt: "Se. Maj. haben anzubefehlen geruht, daß der selbe des Dienstes enthoben werde", die amtliche Fassung bezüglich der Dienstenthebung des Obergespans des Thordaer Komitals lautet: "Se. Majestät haben anzubefehlen geruht, daß der selbe von der Obergespanshaft definitiv entfernt werde." Wie "Seröny" mittheilt, hat der Kaiser auf eine Petition des bischöflichen Stuhles von Münacs, welche eine territoriale und politische Berücksichtigung des ruthenischen Clements in Ost-Ungarn betont, die ungarische Hofkanzlei angewiesen, den bischöflichen Stuhl zu verständigen, daß er die Wünsche der Ruthenen zur Kenntniß genommen habe und ihre Bitte seinerseits erfüllen werde. — Die auf den 21. d. anberaumt gewesene Versammlung des oberungarischen landwirtschaftlichen Vereins wurde vom königlichen Kommissar Joseph Lanczy unter Androhung von Gewalt verboten. — Der preußische Legationsrat v. Bülow, der legentlich hier eingetroffen, hat seine Reise über Konstantinopel nach Smyrna fortgelegt. — In den ungarischen Blättern macht Graf Georg Apponyi unter dem 22. d. ausdrücklich bekannt, daß die Nachrichten über eine s. g. Kalksburger Konferenz und die angeblich darin gebrachten Beschlüsse, lediglich als Erfindung zu betrachten sind. — Am 24. d. fand in Prag das Begräbnis der czechischen Dichterin Bozena Remcova unter großer Theilnahme der Bevölkerung statt; um den Leichenwagen herum gingen czechische Mädchen mit Kerzen, dann Polen, Serben, Räthen in Nationaltracht, den Zug hinter dem Wagen führte die Fürstin Thurn-Taxis, bekränzt mit einem Diadem, an, ihr folgten sämtliche hier anwesende czechische Reichsräthe &c. — Das "Vaterland" erklärt die über seinen Fortbestand zirkulirenden Gerüchte für unwahr. — Der Redakteur des in Wien erscheinenden politisch-satirischen Blattes "der Zeitgeist", Heinrich Ritter v. Levitschnigg, ist in der Nacht vom 24. auf den 25. d. nach langerem Krankenlager gestorben. Der selbe wurde im Jahre 1810 in Wien geboren. — Aus Neu-Jap bringt M. O. die Nachricht, daß der Redakteur des serbischen Witzblattes "Komarac", Georg Majstrovics, vom Peterwärdeiner Kriegsgericht zu zehntägigem Zimmerarrest verurtheilt wurde.

Prag, 27. Jan. [Czechische Bestrebungen.] Die Agitation gegen den bisherigen Charakter unserer Universität von Seiten der czechischen Journale dauert unge schwächt fort. Der "Hlas",

welcher es übernommen zu haben scheint, die Forderungen der czechischen Nationalen zu formuliren und Wiliens ist, die berüchtigte "N. L." in der Ausprägung des ursprünglichen Programms dieser Partei noch zu überbieten, hat sich dieser Tage erhoben, um zu verlangen, daß an der hiesigen Universität sämtliche Lehrkanzeln auch mit czechisch sprechenden Professoren besetzt werden. Der "Hlas" ist übrigens der Ansicht, daß die Prager Universität eigentlich gar keine vollständige sei, weil an ihr das positive österreichische Staatsrecht nicht gelehrt werde. Wäre dies der Fall, so wäre auch der engere wie der weitere Staatsrath überflüssig. — Der böhmische Landesausschuß hat endlich den von dem Grafen Clem-Martiniz im Landtage gestellten Antrag auf Errichtung eines czechischen Nationaltheaters in der Sitzung am 21. d. erledigt. Er hat sich dahin entschieden, daß einstweilen auf dem Josephsplatz ein Theater aus Holzwerk und Eisen erbaut und dem Landtage der Plan zum Aufbau eines monumentalen Gebäudes, welches das czechische Theater aufnehmen soll, vorgelegt werde. Letzterer Bau ist auf 300,000 fl. veranschlagt, wahrscheinlich etwas zu niedrig; während das Intervalltheater 70,000 fl. kosten soll. Die "N. L." sträuben sich gegen die Aufführung des legenden und verlangen die sofortige Inangriffnahme eines massiven Theatergebäudes. (Dr. J.)

Frankfurt a. M. 28. Januar. [Badisches Nun-d-schreiben über die kurhessische Angelegenheit.] Die jetzt auch im Buchhandel erschienene badische Denkschrift über die kurhessische Angelegenheit ist nach der "Zeit" den Vertretern der großherzoglichen Regierung an den deutschen Höfen mit einem Rundschreiben überliefert worden, welches den hohen Werth bekundet, den Baden auf die baldige und unumwundene Herstellung des Rechts in dem vielgeprüften Lande legt. Es sei bekannt, sagt das Rundschreiben, mit wie ernster und gewissenhafter Sorgfalt die großherzogliche Regierung sich bemüht habe, einen Vorschlag für das künftige Verhalten des Bundes zu den kurhessischen Verfassungswirren aufzufinden, welcher einerseits von den deutschen Regierungen den Vorwurf einer Unthilfe an den kurhessischen Vögten fern halten sollte, andererseits für die kurhessische Regierung den wirksamsten Antrieb enthalte, die Wege der Verhöhnlichkeit zu betreten. Durch ganz Deutschland, fährt das Rundschreiben fort, wird die besonnene und feste Treue, mit welcher das kurhessische Volk zu seiner Rechtsüberzeugung steht, mit Theilnahme verfolgt. Seit dem Einbringen unseres Antrages in die Bundesversammlung sind wiederholte Versuche gescheitert, ein diesen Ueberzeugungen widerprechendes Zeugniß zu Gunsten der Rechtsbeständigkeit der neuen Ordnung zu gewinnen, welche an der Stelle der alten Landesverfassung errichtet werden will. Der Verlauf der Thatsachen hat damit alle Beweisgründe bestätigt, welche uns zur Stellung jenes Antrages veranlaßt hatten, der wegen seiner maßvollen Fassung sich vielfache Anerkennung erworben hat. Nur die kurfürstliche Regierung hat geglaubt, nicht unterlassen zu sollen, den Schritt, welchen wir im Interesse der Heilighaltung beschworener Rechte, in Vertretung der Hoheit und Würde des durch die Vorgänge im Kurfürstentum tief erschütterten Ansehens der monarchischen Ordnung gehabt haben, mit Gegenbeschuldigungen zu verdächtigen. Wir glauben diesen nicht wilsamer entgegentreten zu können, als durch einfache Geschichtserzählung und rechtliche wie politische Beurtheilung der Sachlage dieser für alle Regierungen und die Rechtsachtung in Deutschland so hochwichtige Frage. Die großherzogl. Regierung hat deshalb eine wiederholte Untersuchung der in formeller wie materieller Beziehung in dieser Angelegenheit zu prüfenden Gesichtspunkte angestellt, von welchen die Entschlüsse des Bundes nach ihrem Dafürhalten bestimmt werden müssen. Nach der unsstreitigen Bereitwilligkeit der kurhessischen Stände, nicht nur alle bundeswidrigen Bestimmungen der Verfassung von 1831 und der Gesetze von 1848 und 1849, wenn deren überhaupt vorliegen, unter ihrer eigenen verfassungsmäßigen Mitwirkung zu entfernen, sondern auch die inzwischen entstandene Legislation auf gesetzmäßige Weise in die bleibende Gesetzgebung des Landes herüberzunehmen, ist nach unserer Meinung auch jeder Vorwand für die kurhessische Regierung weggefallen, ihren hartnäckigen Widerstand gegen jede Ausgleichung fortzuführen. Wohl aber dürfte der Bund an eine Grenze hingeführt sein, auf welcher er nur noch zwischen Annahme des diesseitigen Antrages oder entscheidenden Maßregeln gegen die neue, allen konstitutionellen Prinzipien wie jeder Möglichkeit ordnungsmäßiger Staatslenkung widerstreitende Behandlung auch der Verfassung von 1860, wie solche stattfand, zu wählen hat, wenn er anders vermeiden will, sich mit dem Rechtsgefühl des ganzen deutschen Volks in Widerspruch zu thun und damit das Ansehen aller hoher Bundesregierungen auf das Empfindlichste bloszustellen. Ich darf mich enthalten, weitläufig zu werden in einer Angelegenheit, die leider in ihrem verhängnißvollen Zusammenhang nur zu bekannt ist. Allein ich will, wie keine, so auch diese Gelegenheit nicht versäumen, um der Überzeugung der großherzoglichen Regierung Ausdruck zu geben, daß nur eine rasche und rücksichtlose Anerkennung des Rechts schweres Unheil verhüten kann. Ich ersuche Ew. Hochwohlgeboren, nichts zu unterlassen, die gleiche Überzeugung auch bei der Regierung, bei welcher Sie glaubhaft zu sein, die Ehre haben, zu begründen, und dahin zu wirken, daß zunächst deren Unterstützung bei der Abstimmung über den diesseitigen Antrag gewonnen werde. Ew. Hochwohlgeboren sind ermächtigt, dem Herrn bei Übergabe der Denkschrift Kenntniß von diesem Schreiben zu geben, auch, wenn es gewünscht wird, Abschrift desselben zu lassen. (gez.) Roggenbach. (Einen Auszug aus der hier erwähnten interessanten Denkschrift werden wir demnächst unseren Lesern mittheilen. D. Red.)

Hamburg. 28. Jan. [Erklärung.] Bollmanns Verleger, Herr Th. Grese, erklärt, daß das Manuskript zu einer zweiten Schrift Bollmanns hier nicht von der Polizei konfisziert sei. Ertheilt zugleich mit, daß er dem Verfasser das Manuskript zurückgegeben habe, auf dessen Verlag er seines Inhaltes wegen nicht eingegangen sei. Seine Ankündigung von dem bevorstehenden Erscheinen der Schrift sei erlassen, bevor er Kenntniß von dem Inhalte gehabt habe. Bei den Verbindungen, die der frühere hamburgsche Kabinettsekretär unzweifelhaft im Auslande hat, wird er für seine saubere Schrift schon einen Verleger finden.

Holstein. Kiel, 27. Jan. [Kriminaluntersuchung wegen Sammlungen für die deutsche Flotte.] In dem Eiderstedter Städtchen Garding war vor einiger Zeit bei einem Hochzeitsmahl (also im engsten Privatkreise) eine Sammlung für

die deutsche Flotte veranstaltet worden. Nachdem in dieser Auseinandersetzung eine im Verhältniß zu der Bedeutung des Falls sehr langwierige Voruntersuchung gepflogen worden, erfährt man nun, daß nach Einsicht der Alten das Ministerium für das Herzogtum Schleswig gegen die beiden Hauptbeihilfeten, den Dr. Wallachs zu Neumünster (in Holstein) und den Buchhändler Herzbruch zu Glensburg die Einleitung einer Kriminaluntersuchung bei dem dortigen Landgericht verfügt hat. Zur Beurtheilung dieser Maßregel diene auch noch die Bemerkung, daß ein Verbot von Sammlungen für die deutsche oder preußische Flotte weder für Schleswig noch für Lauenburg erlassen worden ist und zur Zeit, als der mitgetheilte Fall sich ereignete, auch für Holstein noch nicht erlassen war. (A. P. 3.)

Thehoe. 27. Jan. [Hochverratsprozeß.] Advokat Lehmann in Kiel ist bekanntlich wegen des von ihm aufgestellten Programms: Auf die Wiederherstellung der alten Verbindung Schleswigs und Holsteins und auf den engsten Anschluß an das unter Preußens Führung zentralisierte Deutschland mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken, wegen versuchten Hochverrats in Anlagezustand verhaftet worden. Man erfährt jetzt, daß das Ministerium nicht, wie man allgemein erwartet hatte, den ersten Theil dieser Erklärung, sondern nur den letzteren: das Streben nach dem engsten Anschluß an Deutschland, für hochverrätherisch erklärt, weil eine derartige Veränderung der staatsrechtlichen Stellung des Herzogthums Schleswig die souveränen Rechte des Königs beschränken würde, und der Vorbehalt: "mit allen gesetzlichen Mitteln", durch die Rechtswidrigkeit des Zweckes wegsafe. Man erwartet übrigens allgemein die Freisprechung des Angeklagten.

Neuß. Greiz, 28. Januar. [Dementi.] Die in mehreren Blättern verbreitete Nachricht, daß eine dem Fürstenthum Neuß ä. L. zu verlehende Repräsentativverfassung mit dem legithin hier verankerten gewesenen Deputationsstabe eben so verhahen worden wäre, wie eine Trennung der Justiz von der Verwaltung, ist nicht begründet. Gesetzesvorlagen gedachter Art sind den bereits wieder auseinander gegangenen Deputirten der hieländischen Ritter- und Landschaft weder regierungssseitig gemacht, noch seitens der Stände beantragt worden. (E. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 28. Januar. [Teleggr.] Die französische Chronede wird allenhalben sehr günstig besprochen. — Der König der Belgier verweilt noch immer hier in Buckingham Palace.

Frankreich.

Paris, 27. Jan. [Tagesbericht.] Der Vicomte v. Palva, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Portugal, ist, wie der "Moniteur" in seinem amtlichen Theil meldet, gestern in einer Privat-Audienz vom Kaiser empfangen worden und hat das Diplom mit den Insignien des Ordens vom Thurm und Schwert, welchen der König von Portugal dem kaiserlichen Prinzen verliehen hat, sowie ein hierauf bezügliches Handschreiben des Königs Dom Luis an den Kaiser Napoleon überreicht. Gleichzeitig hat der portugiesische Gesandte dem Kaiser den Brief eingehändigt, in welchem der König von Portugal dem Kaiser den Tod des Insanten Dom Joao, Herzogs von Beja, anzeigen. Der Kaiser hatte bereits, ohne die offizielle Meldung abzuwarten, am 9. Januar auf 4 Tage Trauer angelegt. Der "Constitutionnel" hebt hervor, daß der Brief des Bischofs von Arras an Rouland in seiner ursprünglichen dem Minister selbst zugegangenen Form höflicher lautete, als in der Abschrift, in welcher er von den klerikalen Blättern veröffentlicht wurde. Der Bischof erklärt in einem in der "Union" erschienenen Schreiben, daß diese doppelte Besart begeht habe, in der direkten Buschrit gewisse Ausdrücke von "durchaus" persönlich Bedeutung in milderer Form zu geben. Immerhin ist es eine seltsame Praxis, solchen Aktenstücken nachträglich für das große Publikum eine tapferere Färbung zuzurichten. — Eine vom Polizeipräfekten eingesetzte Spezialkommission, welche die Mittel zur Unterdrückung der Kaffeeverfälschung angeben soll, hat ihren Bericht erstattet, der heute vom "Moniteur" veröffentlicht wird. — Der in Algier erscheinende "Alhbar" hat eine amtliche Verwarnung erhalten, weil er in einem am 21. d. veröffentlichten Artikel einerseits die Achtung gegen die Gesetze, welche die Gerichts-Organisation in Algerien regeln, andererseits die Achtung gegen das richterliche Erkenntniß wesentlich verlegt hat. — Der Senior der französischen Romaneschreiber, Dinecourt, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. — Wie der "Messager du Midi" meldet, ist die Einschiffung der Truppen nach Mexiko aufgeschoben worden. Wie es heißt, wurde diese Maßregel ergriffen, weil die mexikanische Regierung friedliche Propositionen hat machen lassen. — General Lorencez soll mit Bewilligung der französischen Regierung wenigstens zwei Jahre in Mexiko bleiben und während dieser Zeit in Dienste des dort einzuhedenden Herrschers treten. Er hat seine Absicht bis zum nächsten Donnerstag verschoben, weil man bis dahin auf ein bestimmtes Ergebnis der über die Besetzung des zukünftigen mexikanischen Thrones geführten diplomatischen Unterhandlungen hofft. — Die Südstaaten haben nunmehr alle Leuchttürme und sonstige Feuerzeichen längs ihrer Küste ausgelöscht.

— [Gründung der Kammeression.] Heute um ein Uhr fand im großen Ständesaal des Louvre-Palastes die Gründung der Kammeression statt. Schon um 10 Uhr Morgens hatte sich eine große Anzahl Personen dort eingefunden. Die Senatoren und Deputirten hatten die Mitte des Saales, dem Throne gegenüber, eingenommen; hinter denselben befanden sich die Staatsräthe, die Konsulationshofsräthe, die Deputationen der Offiziere der Grenzegion, die Rechnungsräthe, die Akademiker und die Geistlichen. Der Seine- und Polizeipräfekt, sowie eine Masse Generäle und anderer Personen in Uniform waren ebenfalls anwesend. In der auf der rechten Seite liegenden Galerie befand sich das diplomatische Corps, worunter der päpstliche Nuntius, und die Gesandten der Türkei, Persiens und Nordamerika's am meisten Aufsehen erregten. In der Galerie den Diplomaten gegenüber hatten die Frauen der Minister und Großwürdenträger Platz genommen. Kanonen donner verkündete einige Minuten vor 1 Uhr, daß der Kaiser die Türlernen verlassen hatte, um sich nach dem Louvre-Saal zu begeben. Eine starke militärische Eskorte umgab seinen Wagen. Beim Eintritt in den Saal wurde er mit Hochs empfangen. Der Kaiser bestieg sofort den Thron; neben ihm nahmen der Prinz Lucian Bonaparte, der Prinz Joachim Murat und der Prinz Lucian Murat Platz.

Der Prinz Napoleon, der noch immer krank ist, war abwesend. Die Kaiserin, der kaiserliche Prinz, die Prinzessinnen Mathilde und Clotilde, so wie die Prinzessinen Anna und Lucian Murat hatten sich einige Minuten vor dem Kaiser eingefunden. Um den Thron herum standen die Prinzen des kaiserlichen Hauses, die Minister und Großwürdenträger. Der Kaiser hielt seine Rede mit kräftiger Stimme. Sie erregte keine besondere Sensation, wenn sie auch oft von dem Beifall der Anwesenden unterbrochen wurde. Zwanzig Minuten nach 1 Uhr war die ganze Feierlichkeit zu Ende. Die Rede des Kaisers, die von dem "Pays", dem "Temps" und der "Opinion Nationale" schon um 2½ Uhr auf der Straße verlaufen wurde, machte keinen besonderen Eindruck. Auf die Börse blieb sie ohne Einfluss. Das "Journal des Debats" bemerkte über die Thronrede, dieselbe spreche sich zwar mit großer Zurückhaltung über die auswärtige Politik aus, dessen ungeachtet aber trage sie das Gepräge eines Vertrauens auf die Erhaltung des Friedens.

[Zur amerikanischen Frage.] Glaubwürdigen Nachrichten zufolge, hat die französische Regierung die Idee, die Unabhängigkeit der südlichen Staaten der Union anzuerkennen, aufgegeben. Es hängt diese Veränderung der Politik zunächst mit der Verschärfung der Lage der südlichen Staaten in strategischer Beziehung zusammen. Die zum Theil sehr einflussreichen und sehr talentvollen Agenten des Südens, die sich hier aufzuhalten, haben der französischen Regierung zu Anfang des Kampfes die Stellungen der Südstaaten als äußerst vortheilhaft gezeichnet und von der Tapferkeit der Südarmee ein Bild entworfen, das der dem Norden feindlichen Richtung, in die man nun einmal gerathen war, außerordentlich schmeichelte. Die Regierung von Washington hielt ihre Stellung dem Auslande gegenüber eine Zeit lang auch wirklich für sehr gefährdet, und hat bereits alle Anstalten getroffen, mittelst der Presse auf die öffentliche Meinung in Frankreich und England zu wirken. Seit ist sie aber wieder guten Wuths geworden, denn die goldenen Träume, welche die glühende Phantasie der Südländer hier ausgesponnen hatte, fangen an von selbst zu zerstäuben. Man glaubt, daß es sich um nichts Geringeres gehandelt habe, als um die Vorspiegelung, der ganze Süden könne von Frankreich abhängig werden. Die Baumwollfrage allein kann die französische Politik unmöglich bestimmt haben. Ganz abgesehen davon, daß Frankreich dabei weit weniger interessirt war, als England, bestand das einfachste Mittel, die Häfen des Südens frei zu machen, darin, dem Norden möglichst schnell zur Unterwerfung derselben zu verhelfen. Dasselbe läßt sich von England sagen. Nun scheint der Unabhängigkeitsplan aber auch in England sehr erschüttert worden zu sein, denn seitdem die Trent-Angelegenheit beigelegt ist, sucht man von London aus hier zu verbreiten, daß besonders Frankreich es gewesen, das zur Anerkennung des Südens getrieben. Von hieraus sind bei dieser Gelegenheit übrigens, wie in der Regel, zwei entgegengesetzte Strömungen ausgegangen, wovon man bei der bevorstehenden Veröffentlichung von Altenstücken wahrscheinlich nur die eine zu Gesicht bekommen wird. (A. P. 3.)

[Kampf zwischen amerikanischen Schiffen.] Der "Moniteur de l'Algérie" gibt jetzt einige nähere Andeutungen über den bereits gemeldeten Kampf zweier Schiffe in der Nähe von Algier. Am 20. Januar gegen 11 Uhr Abends hörte man eine starke anhaltende Kanonade nach der Richtung des Kap Pescade zu. Der dort Wache haltende Zollbeamte sagte aus, daß zwei Schiffe in der Entfernung von 6 Meilen ungefähr hundert Kanonenschüsse gewechselt hätten. Als das Feuer eingestellt war, hielt eines der Schiffe eine Leuchte an seinem großen Maste auf und entfernte sich in einer dem Zollbeamten nicht erkennbaren Richtung. Auf dem Beobachturm will man das Blitzen der Geschüze beobachtet haben. Der Führer einer Fischerbarke aus Malta behauptet dem Kampfplatze so nahe gewesen zu sein, daß er die Kanonenkugeln pfeisen hörte. Er brachte sich eiligst in Sicherheit. Nach seiner Aussage waren beide Schiffe ungefähr 100 Meter von einander entfernt und beide mit Kanonen bewaffnet. Am 22. sah man in der Richtung nach dem Kap Matissou einen Dampfer mit rotem schwärz eingefärbten Schornstein. Er schien plötzlich ein Fahrzeug zu erkennen, kehrte um und verlor sich dann in der Ferne. An demselben Abend will man wieder Kanonenschüsse gehört haben. Das Schiff sah aus wie ein Koriar, es schien mit ungefähr 20 Drehkanonen auf dem Deck bewaffnet zu sein. Seine Lage ließ auf ein für den Krieg gerüstetes Handelschiff schließen. Es hat, so lange es sich in den algerischen Gewässern befand, keine Flagge ausgezogen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es der "Sumter", der entweder von der Höhe von Algier aus auf nordamerikanische Schiffe Jagd macht, oder selber von der Unionsfregatte "Constitution" verfolgt wird. — Das Bulletin des "Moniteur" bemerkt zu diesen Abenteuern: "Die Besorgnisse, welche diese umherschwierende und zerstörende Fahrt bezweckt, sollte wohl den Amerikanern selbst darin, wie weise und menschlich die Absichten des Pariser Kongresses waren, als derselbe die Abschaffung der Sklaverei verlangte."

Paris, 28. Januar. [Teleggr.] Der "Moniteur" kündigt für heute, 28. Jan., eine Mitteilung der Regierung an den gesetzgebenden Körper an. — Die Batterie, deren Abmarsch von Paris vertagt worden war, ist gestern nach Mexiko abgegangen.

Paris, 29. Januar. [Teleggr.] Unter den der Legislative vorgelegten politischen Altenstücken befinden sich zwei Depeschen Thouvenels, in welchen derselbe gegen den Gedanken einer Annexion der Insel Sardinien protestiert.

Niederlande.

Haag, 26. Januar. [Professor De Brieze t.] In Leiden starb am 23. d. Professor De Brieze, ein auch außerhalb des Landes bekannter und geachteter Gelehrter, der erst vor wenigen Monaten aus Ostindien zurückgekehrt war, wohin er zur Untersuchung der tropischen Befestigungen von der Regierung entsandt worden. Leider konnte er den dort gesammelten reichen Schatz von Erfahrungen nicht mehr verwerten, denn kaum hatte er seine Vorlesungen über die Kultur-Zustände Ostindiens eröffnet, als ihn der Tod überraschte.

Belgien.

Brüssel, 27. Jan. [Der Prozeß des Obersten Hayez] ist im Laufe der vergangenen Woche drei Tage lang vor den Schranken des Militärgerichtes verhandelt worden, und hatte letzteres den Urteilspruch auf heute vertagt. Die durch De Binge und Ortsmeisterhaft geführte Vertheidigung bestand darauf, Hayez gehöre in Folge seiner Pensionierung dem Bürgerstande an, habe deshalb keine

Befehle vom Kriegsminister zu empfangen und das Militärgericht keine Befugniß, ihn zu richten. Der Generalauditeur, den von Chazal in der Kammer angenommenen Gesichtspunkt festhaltend, suchte nachzuweisen, daß Hayez nicht aufgehört habe, Militär zu sein, und beantragte deshalb, denselben in seiner Eigenschaft als Oberstleutnant zu lassen. Der aus sechs hohen Offizieren unter Vorsitz eines Appellationsgerichtsrathes zusammengesetzte Gerichtshof hat heute seinen lang und gründlich motivierten Spruch abgegeben, wonach er sich für unbefugt erklärt, Hayez, welcher der Armee nicht mehr angehört, zu richten. Die Begründung dieses Urteils tritt in mehreren Punkten mit größter Schärfe gegen das vom Kriegsminister vertheidigte System auf und liefert ein edles Zeugnis für die Unabhängigkeit der belgischen Militärgerichte. Für Chazal ist diese Entscheidung eine ernste und bedeutsame Niederlage. Die schließliche Lösung der Frage durch das Kassationsgericht, an welches der Generalauditeur, wie das Organ der Regierung heute Abend bereits meldet, appelliren wird, muß unzweifelhaft in gleichem Sinne aussagen. Dadurch aber wird nur die juridische Seite der Angelegenheit berührt; weit bedenklicher für den Kriegsminister ist es, daß Fachmänner, sechs Generale und Obersten, seine Kollegen und gegenwärtig Untergebenen, ein System verdammt haben, welches er der Nationalvertretung als ein im Kriegsdepartement ständig befolgtes geschildert und mit so großer Energie vertheidigt hat. Oberst Hayez und seine beiden Vertheidiger wurden, als sie den Gerichtssaal verließen, von der Zuhörermenge mit lauten Beifallsrufen begrüßt. (R. 3.)

Schweiz.

Bern, 26. Januar. [In Sachen der Tessiner Bischofsfrage] hat das Turiner Kabinett dem Bundesrat durch Hrn. Tourte, unsern Vertreter bei dem Hofe von Turin, soeben eine Mitteilung machen lassen, welche mit seiner in dieser Angelegenheit noch vor einigen Monaten angenommenen Haltung in grossem Widerspruch steht. Trotzdem, daß es damals sich zur Abhaltung einer Konferenz zur Regelung der Tessiner Bischofsfrage bereit erklärt und auch bereits seinen Kommissar ernannt und denselben mit den nötigen Instruktionen versehen hatte, erklärt es heute, auf eine Wiederanklung der Unterhandlungen nicht einzugehen zu können, weil es von andern wichtigen Geschäften allzusehr überhäuft sei. Wenn das Turiner Kabinett nicht wie oben bemerkt, Alles, was zu der Konferenz nothwendig ist, bereits vorbereitet hätte, so könnte man seiner Entschuldigung Glauben schenken: da aber das Gegenteil der Fall ist, so muß man in seiner Sinnesänderung dieser gehende politische Motive suchen. Dies die Meinung, welche ich von sehr kompetenter Seite äußern hörte. Offenbar liegt dem Turiner Kabinett daran, die Tessiner Bischofsfrage offen zu erhalten, um sie bei gegebener Gelegenheit so oder so gegen die Schweiz auszubeuten. (Schl. 3.)

Italien.

Neapel, 18. Jan. [Über den Aufstand auf Sicilien] schreibt man der "A. P. 3." von hier: Nach Privatbriefen aus Palermo ist der Aufstand nicht nur nicht unterdrückt, sondern man ist vor der Hand nicht einmal eines siegreichen Einschreitens der Truppen versichert, obwohl die Regierung ihr Möglichstes thut, diesen durch immer neue Verstärkungen Muß einzuflößen, und andererseits die Aufständischen durch drakonische Strengre abzuschrecken. Sieben und sechzig, deren man habhaft wurde, sind sofort erschossen. Auch die Truppen haben harte Verluste zu beklagen. Zwei Kanonenboote voll Verwundeter sind nach Genua abgesandt.

[Der Garibaldireverein in Palermo] hat in Unbeacht der schwierigen Verhältnisse nachstehende Proklamation erlassen: "Palermitaner! In Mitte der Aufruhr, in welche ein unsinniges Attentat das Land versetzte, erheben wir unsere Stimme. Eine Handvoll Verbündeter will euch dem Programm entfremden, das Garibaldi mit dem Blute seiner tausend Tapfern vertheidigte. Der Stern Italiens leuchtet indes über Garibaldi; wenn wir ihm folgen, werden wir an das Ziel unserer Wünsche gelangen, fern von ihm aber im Finstern herumtappen. Garibaldi hat heute, wie damals, als er in Marsala landete, kein anderes Motto als Italien und Victor Emanuel; wer wäre so verlogen, ein anderes aufzustellen? Garibaldi ruft uns zu neuen Thaten auf; in Kurzem wird die Trommel die Freiwilligen aus allen Theilen Italiens zu den Fahnen rufen, Italien bedarf des Armes aller seiner Söhne; wollen wir uns mit Zweitacht auf den Kampf vorbereiten? Nein, die Sicilianer verleugnen sich nicht selbst, und du Volk der Barrikaden hast bereits bewiesen, daß du nicht taub bist gegen die Stimme deines Freiers, der von seinem Inselsel dir zuruft: Eintracht, Brüder, nehmet eure Gewehre zur Hand, die letzte Stunde der Tyrannen ist nahe. Es lebe Garibaldi! Palermo, den 10. Januar 1862. Das dirigirende Komitee. Präf. Fürst S. Vincenzo."

Spanien.

Madrid, 21. Januar. [Die spanische Schulden] Der Staatsrat hat entschieden, daß die Inhaber der passiven Schuldenansprüche auf ein Fünftel, d. h. 20 Proz. des Ertrages vom Verkaufe der Kirchengüter haben und folglich die Amortisirungsumme jährlich um 9—12 Millionen Realen vergrößert werden müsse. Gleichzeitig fordert der Staatsrat den Finanzminister auf, diese Schulden auszugleichen. Wie dem, "Constitution" nun aus Madrid mitgetheilt wird, steht diese Empfehlung mit dem Plane der Regierung in Verbindung, daß die sämtlichen Klassen der spanischen Schulden, die konsolidirt, differirte wie die passive, die inländische wie ausländische Schulden, in 3prozentige Konsols umgeschaffen werden soll.

Madrid, 27. Januar. [Teleggr.] In der Deputirtenfamme hat D' Donzell das Benehmen des Generals Serrano genehmigt, welcher die Besiegung von Vera-Cruz im Namen der drei Mächte beweiststelligt hat.

Portugal.

[Unruhen.] Wie das in Madrid erscheinende Blatt "El Reino" meldet, sind zu Lissabon in der portugiesischen Provinz Algarve bei Erhebung der Steuern erste Unruhen ausgebrochen und es mußten von Lissabon aus Truppen dahin abgesandt werden.

Ausland und Polen.

Petersburg, 29. Jan. [Teleggr.] Der Unterrichtsminister hat vier beliebte Professoren ermächtigt, in Petersburg öffentliche Vorlesungen über Zivilrecht, Kriminalrecht, vergleichende Juris-

prudenz und öffentliches Verwaltungsrecht zu halten. — Das "Journal de St. Petersbourg" veröffentlicht eine Note des Fürsten Goritschakoff vom 21. an den russischen Bevollmächtigten, v. Stöckel, in Washington. In derselben heißt es: Der Kaiser habe mit der größten Genugthuung seine Erwartungen durch den Entschluß der Bundesregierung bestätigt gefunden. Der Kaiser hoffe, daß die selbe Weisheit und Mäßigung in dem Gange der inneren Schwierigkeiten herrschen werden. Der Kaiser sei überzeugt, daß die Bundesregierung die politische Erwägung der inneren Fragen über die Volksleidenschaften stellen werde. Der Kaiser würde mit Genugthuung sehen, wenn die Union sich durch verhältnißliche Schritte wieder bestätige; die Aufrechterhaltung der amerikanischen Macht sei zur Erhaltung des Gleichgewichts der allgemeinen politischen Lage im höchsten Grade nöthig.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 21. Jan. [Petition um Verfassungsreform.] Heute überreichten die Mitglieder des Reformkomitees dem Justizminister die mit 37,962 Unterschriften aus allen Theilen des Landes versene Petition, in welcher die Regierung zur Greifung der Initiative auf dem nächsten Reichstage in Betreff einer Reform der Verfassung aufgefordert wird. Diese Petition schließt sich im Wesentlichen den Beschlüssen an, welche auf dem vorigen Reichstage im Bürger- und im Bauernstande angenommen worden waren. Der Justizminister äußerte sich dahin, daß er die Zweckmäßigkeit und die Zeitgemäßheit einer Reform der bisherigen Repräsentation des Vierstandesystems anerkenne und versprach schließlich die Petition dem Könige zu überreichen.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Januar. [Verwarnung.] Das heutige "Journal de Constantinople" zeigt an, daß ihm und dem "Courrier d'Orient" von der hohen Pforte eine Verwarnung zugegangen sei, wegen Mitteilung von Korrespondenzen, welche sich in wenig geziemenden Ausdrücken über den Kaiser von Russland und dessen Regierung ergehen. Der amtliche Verweis lautet: "Die hohe Pforte tadelt streng die Sprache dieser Zeitungen, welche zu der Achtung und Sympathie, die sie selber für die Regierung Sr. Majestät des Kaisers Alexander hegt, und zu dem Freundschaftsverhältnisse, das beide Staaten vereint, in vollkommenem Widerspruch steht, und hofft, daß "Journal" und "Courrier" künftig solchen tadelnswerthen Korrespondenzen die Aufnahme verweigern werden."

Afrika.

Hongkong, 15. Dez. [Die "Arkona"; Feuersbrunst.] Der "Times" wird von hier geschrieben: "Die preußische Fregatte "Arkona" ist nach Bangkok abgesegelt. — Die einzige Nachricht von Interesse aus Japan ist die von einer großen Feuersbrunst in Yokohama, welche beinahe den ganzen von den Eingeborenen bewohnten Stadtteil in Asche legte, den jedoch, wo sich die Fremden niedergelassen haben, verschonte."

Amerika.

New York, 10. Jan. [Die Fortsetzung des Krieges; die Burnside'sche Expedition; General Kelly; kleine Scharmütel.] Die "Handels-Zitung" berichtet: "Heute schreiben wir den 10. Januar und, das zufällige kleine Scharmütel bei Drainesville ausgenommen, hat sich noch immer nichts gerührt. Ende November wurde dem Publikum bestimmt versprochen, daß nächstens losgelöscht werden soll. Kelly sollte sich damals von Romney aus gegen den linken Flügel der feindlichen Potomac-Armee in Maryland den Feind vom Green River und dem Cumberland Gap über die Grenze hinabjagen; die Mississippi-Expedition gegen Columbus abgehen. Mit dem Gefühl der Schämung lejen wir jetzt alle diese Ankündigungen in europäischen Blättern; denn noch immer sind es bloße Verkündungen, deren Erfüllung jeden Tag auf die "allernechste Zukunft" anberaumt wird. Wenn diese Ankündigungen von den Verbündeten selbst veranlaßt worden sind, haben sie ein frevelhaftes Spiel getrieben. Noch hat man darüber keine Gewissheit, ob das Volk absichtlich von Leuten getäuscht wird, die eine reiche erfolgreiche Beendigung des Krieges gar nicht wünschen, so lange sie im Rohr sitzen und Pfeifen schneiden können, oder ob die Leiter des Kriegs sich in Betreff der Zeit, welche sie zu ihren Vorbereitungen und Ausrüstungen brauchen, verrechnet haben. Allein, wie dem auch sei, die Thatsache steht fest, daß Ende November die Rebellen auf allen Punkten, wo Angriffe erwartet wurden und angefündigt waren, viel, sehr viel schwächer, als die ihnen gegenüberstehenden Bundeskorps waren, daß damals bei Lanesville Bordingen des Sieg des Bundes unausbleiblich gewesen wäre und daß diese günstige Gelegenheit von dem Bundesfeldherrn versäumt worden ist. Ob das lediglich Unentschlossenheit, oder aus verrätherischer Gesinnung geschehen sei, ist, soweit es das Resultat betrifft, gleichgültig. Thatsache ist aber, daß seit jener für den Bund so günstigen und so übänlidherweise verpaßten Konjunktur die Rebellen ihre Stellungen, namentlich die am Mississippi und am Green River bedeutend verstärkt haben, und daß diese durch die Schuld der Bundesgenerale stattgehabte Verstärkung nun wieder als neuer, triftiger Grund für ein ferneres feiges Abwarten vorgeschoben wird. — Am Sonntag den 5. d. wurden in Annapolis die ersten beiden Regimenter der Burnside'schen Expedition eingeschiff und in diesem Augenblick befindet sich wahrscheinlich das ganze Korps unterwegs. Wer wohin? Nach dem Punkte, wo sie den Feind angreifen soll? Keineswegs, sondern vorerst nur nach Fort Monroe, wo wieder eine Weile gewartet und wahrscheinlich die letzte Hand an die "Organisation" gelegt werden wird. Ein Gerücht sagt, daß drei Divisionen von der Potomac-Armee sich mit der Burnside'schen Expedition vereinigen sollen. Wenn dies der Fall wäre, so würde es auf eine wichtige Blankenbewegung, sei es gegen Richmond, oder gegen den rechten Flügel der feindlichen Hauptarmee, beindeuten. Aber bei der Dürftigkeit der Transportmittel von Washington aus könnte die Versetzung eines so beträchtlichen Armeekorps nur mit großem Zeitverlust geschehen und dem Feinde vollauf Zeit geben, an dem zunächst bedrohten Punkte einen energischen Widerstand vorzubereiten. Nach Allem, was bisher geschehen, oder vielmehr unterblieben ist, würde man sich gar nicht zu wundern brauchen, wenn noch ein voller Monat ins Land ginge, ehe die Burnside'sche Expedition von sich hören liege. — Am oberen Potomac scheint vorgestern endlich (naum zwei Monate nachdem es geschehen sollte) General Kelly seinen March von Romney aus nach Osten begonnen zu haben. Am Blue Gap, dem zunächst an Romney gelegenen Passe in der Gebirgsfette, welche das Thal des oberen Potomac von dem des Shenandoah trennt, stieß er auf eine feindliche Abteilung, überfiel sie und jagte sie in schimpfliche Flucht, bei welcher sie alle ihre Wagen, Gepäck &c. zurückließen. Sonach schiene ihm die Bahn gegen Winchester offen zu liegen. Der Nebelstand ist nur der, daß zwar vor 6 Wochen, wo er abmarschierte, wollte und konnte, kaum eine Handvoll leicht bewaffneter Rebellentruppen (3000—5000 Mann) in der Gegend von Winchester lag, während jetzt dort ca. 15,000 Mann unter dem General Jackson stehen. Seit zwei oder drei Wochen sind diese so üppig geworden, daß sie zu wiederholten Malen am Potomac Angrißdemonstrationen gemacht, die an der schmalsten Stelle von Maryland zwischen Hancock und Cumberland befindliche Strecke der Baltimore-Ohio-Eisenbahn zerstört und am 5. d. sogar eine Art von Bombardement auf das Städtchen Hancock eröffnet haben, bei der unglaublichen Unschädlichkeit ihrer Artilleristen freilich ohne sonderlichen Schaden anzurichten. Nicht ohne Besorgniß fragt man sich, ob die Streitkräfte, über welche General Kelly verfügt, dieser wesentlich veränderten Lage angemessen sind. — Aus dem westlichen Virginien wird ein kleiner Erfolg der Bundeswaffen gemeldet. Ein 300 Mann starkes Streitkorpss, das von Huntersville aus östlich nach dem Gebirge zog, hat eine 400 Mann starke Rebellentruppe angegriffen und in die Flucht gespien. Ein Scharmütel von etwas größerer, doch lange nicht von großer Wichtigkeit, als ihm die anglo-amerikanischen Zeitungen beilegen, hat am Neujahrstage bei Port Royal (Süd-Karolina) stattgefunden. Eine

Abteilung der Shermanischen Okkupationsarmee bislogirte ein 3—4000 Mann starkes Rebellenkorps, welches den Küstenpunkt, an welchem der Verkehr mit der Port Royal-Insel stattfindet, besetzt hielt, und „eroberte“ einige von Feinde verlassene „Forts“, welchen pomposen Namen man hier bekanntlich jedem lumpigen Erdwalle giebt, auf dem Platz für Kanonen ist. Die beim ersten Eintreffen der Nachricht hier ausgesprochene Erwartung, daß General Sherman bis an die Charleston-Savannah-Eisenbahn vordrungen sei, sie wohl gar in Besitz genommen habe, hat sich leider bis jetzt ebenowenig bestätigt, wie die Meldung, daß er von Edisto aus die nur 25 engl. Meilen von Charleston gelegene Station Nr. 4 besetzt habe.“

Bom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 29. Jan. [6. Sitzung.] Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 10 Min. — Am Ministerium: Graf Schwerin und Dr. v. Patow. — Mehrere Mitglieder sind neu eingetreten und werden in die einzelnen Abteilungen verlost. — Es sind zwei Anträge: die kurhessische Angelegenheit betreffend, gestellt; der erste von den Abg. Bürgers, v. Saenger und Mitgliedern der Grabow'schen Fraktion ausgehend (siehe unten); der zweite, vom Abg. Birchow und Mitgliedern der Fortschrittspartei gestellt, will, daß die Regierung aufgefordert werde, alle Mittel einzusetzen, um die Verfassung von 1831 in Kurhessen wieder herzustellen, (s. u.). Beide Anträge gehen an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern. — Ein dritter Antrag ist von dem Abg. Wachler eingebracht, betr. die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Amts- und Diensthandlungen. Dem Antrag ist der Gesetzentwurf, welcher von dem Justizminister in der vorigen Session vorlegt, von dem Abgeordnetenhaus angenommen, vom Herrenhause aber abgelehnt worden war, beigelegt. Der Antrag geht an die Justizkommission. — Das Haus geht zu Wahlprüfungen über. (Graf Pückler ist eingetreten.) Die Wahlen der Abg. Albrecht und Dekowski im siebenten Mandatserden Wahlbezirk geben zu einer längeren Diskussion Anlaß. Ein Protest von Wahlmännern ist eingegangen, welche Auordnungen bei den Wahlen konstatiert; es beziehen sich an der Debatte die Abg. v. Benkowksi, Siegel, v. Hennig, Sarrazin und Wachsmuth. Bei der Abstimmung werden die Wahlen der Abg. Albrecht und Debowksi beanstandet. Auf Antrag der Abteilung wird über verschiedene konstitutive Punkte Beweisaufnahme stattfinden. Die Wahl des Abg. Dahlmann (Neuwied) geht zu einem sehr ausführlichen Berichte Anlaß: Fünf Wahlmänner, deren Wahl von der Wahlmännerversammlung für ungültig erklärt wurden, weil der Vorstand nicht vereidigt war, haben gegen diese Ungültigkeitserklärung protestiert; sie würden gegen Dahlmann gestimmt haben. Die Abteilung legt auf diesen Protest sein Gewicht und beantragt, die Wahl des Kreisrichters Dahlmann für gültig zu erklären. — Abg. Plazmann hält die Ansicht der Abteilung für nicht plausibel. Wenn auch die Wahlvorsstände nicht vereidigt gewesen, so sei dies doch kein Grund, die Wahlmänner auszuweichen. Seiner Meinung nach müsse die Wahl für ungültig erklärt werden. — Abg. v. Beugheim hat selbst der Wahlversammlung angehört und bestreitet die Richtigkeit der Ausführungen des Vorredners. Es sei in der Wahlversammlung selbst kein Widerspruch gegen die Ausschließung der Wahlmänner erfolgt. Man möge durch eine Ungültigkeitserklärung nicht das Ansehen einer Wahlmännerversammlung herabdrücken. (Murren links.) — Abg. Roßdien. Wir seien uns hier in eine fatale Position, wenn wir als Abgeordnete auch Beweisaufnahme fordern. Jedenfalls durften diese fünf Wahlmänner der Ausübung ihres Wahlrechts durch Ausschließung nicht beraubt werden, und die Wahl ist allerdings als ungültig anzusehen. — Die Debatte ist geschlossen und nach kurzen Bemerkungen seitens des Berichtstellers wird die Wahl des Kreisrichters Dahlmann mit großer Majorität für gültig erklärt. Dagegen stimmen die Abg. Dr. Birchow, Dr. Waldeck, die Polen und die katholische Fraktion.

Das Haus wendet sich zum letzten Gegenstand der Tagesordnung, zur Vereidigung von Mitgliedern, welche den in Art. 108 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Eid noch nicht geleistet haben. Es sind deren 68, welche sich einzeln beim Namensaufruf in die Mitte des Hauses begeben und da den Eid leisten, während das Haus, auch die Zuhörer in den gesellten Tribünen, sich von ihren Plätzen erhöben haben. Es sind dies die Abg. Aldenhoven, v. Alfiewicz, Dr. Bender (Gumbinnen), Dr. Bernhardi, Biernacki, Blum, Buchholz, Dierichs, Dunker, Graf Dzialinski, Frhr. v. Eisebe, Dr. Gaucher, Dr. Hellenberg, Förster, Frenzel, Dr. Frese, Froning, Gerlich, Gödderz, Graf Hake, Heidenreich, v. Hennig (Brandenburg), Hinrichs (Lümmelsburg), Hirschberger, John, Dr. Koch, Krause (Magdeburg), v. Lubensky, Dr. Lüning, Dr. Marx, Michaelis, Mühlbeck, Müllensiefen, Dr. Müller (Arensvalde), Olberts, Papendick, Paur, v. Piul, Graf Pilati, Post, Prince-Smith, Reimann, Dr. Riespondek, Rey, Richter, Frhr. v. Riekhofen (Sauer), Niemann, Robert, Tornow, Römer, Runge, Dr. Rupp, Salsfeld, Schmidke, Schulze (Seehausen), Schulze (Pierik), Schmidtsdorf, Servatius, Sieber, Steinhardt, Stoch, Strzybny, v. Tholafski, Frhr. v. Baerst, Waldbauern, Wanjura und Dr. Weber. — Fünf Minuten vor 3 Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt. — Die kurhessische Kommission wird von den Abteilungen morgen gewählt.

Der von den Abg. Bürgers und v. Saenger eingebrachte und von 60 andern Mitgliedern der Fraktion Grabow unterzeichnete Antrag lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In Erwägung: 1) daß die in Kurhessen schon seit Jahren dauernde Störung des öffentlichen Rechtszustandes nicht bloß jenes Land schwer bedrückt und das Rechtsbewußtsein des Deutschen Volkes verlegt, sondern auch, da sie aus einer rechtswidrigen, die Verfassungen der Deutschen Staaten gefährdenden Anwendung der Bundesgesetze hervorgegangen ist, für ganz Deutschland den Gegenstand ernstlicher Beunruhigung bildet; 2) daß die Preuß. Staatsregierung bereits im Jahre 1859 in offizieller Form erklärt hat, daß die Wiederherstellung der im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzten Verfassung vom Jahre 1831 — wie sie 20 Jahre hindurch in anerkannter Wirksamkeit bestanden hat — der einzige Weg sei, jenen Theil Deutschlands in feste Rechtszustände zurückzuführen; 3) daß auch das kurhessische Volk — und zwar selbst durch das Organ derjenigen Landesvertretung, welche nach den eigenen Vorschlägen der Regierung und unter ihrem Einfluß gebildet wurde — mit einer Einmischung und Beharrlichkeit, welche die lebhafte Theilnahme Deutschlands erregen, an jener Verfassung festhält und deren Wiederherstellung verlangt; 4) daß dagegen die kurhessische Regierung vorläufig, diese Wiederherstellung zu versagen, sogar der von ihr verliehenen Verfassung zu widerhandeln und dem Lande selbst diejenigen Rechte verfümmert, welche durch die rechtswidrig eingeführte Verfassung unangetastet geblieben sind; 5) daß bei dem weiteren Vorgehen der kurhessischen Regierung auf diesem Wege die Bedrohung vor gewaltsamen Störungen der öffentlichen Ordnung in jenem, dem Machtgebiete Preußens sich anschließenden Lande nahe tritt; erlässt das Haus der Abgeordneten es als dringend geboten: daß die königliche Staatsregierung schneinig und mit Nachdruck auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen hinwirke. Motive: Die in den obigen Erwägungsgründen enthaltenen Thatsachen und die Pflicht des neu gewählten Abgeordnetenhauses, sich über die, die Interessen Preußens so nahe berührende kurhessische Angelegenheit, den neuerlichen Vorgängen gegenüber, ebenso auszusprechen, wie dies in der vorigen Legislaturperiode gehappen ist.“

Der vom Abgeordneten Birchow und andern Mitgliedern der Fortschrittspartei eingebrachte Antrag lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, daß die königl. Staatsregierung aufzufordern, nunmehr — in weiterer Verfolgung des von ihr in der kurhessischen Frage eingenommenen und in den Sitzungen des Bundesstages vom 12. Nov. 1860, 17. und 24. März 1861 dargelegten Standpunktes, sowie in Uebereinstimmung mit dem in der Bundestagssitzung vom 4. Juli 1861 eingebrachten Antrage der großherzgl. badischen Regierung — alle ihre Mittel einzusetzen, für die Wiedergewinnung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere für eine sofortige Verfassung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Jan. 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen und des Wahlgelezes vom 5. April 1849.“ Motive: Die fortwährende Auflösung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Kurhessen; das neueste Vorgehen der kurfürstlichen Regierung bei Auflösung der noch nicht eröffneten zweiten Kammer, die Mitbeteiligung der früheren preußischen Regierung an der Einleitung des gegenwärtigen Zustandes in Kurhessen.“

Zu Referenten und Korreferenten über die verschiedenen Staatsgruppen sind in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ernannt: 1) Ältere Budget, Korref. Schubert und Zweifel. — 2) Allg. Grundsätze: Osterath, Korref. Kühne und v. Bockum-Dolfs. — 3) Militär-Verwaltung Tit. I. und II.: v. Baerst, Korref. v. Piul und Behrend. — Tit. III.: Stavenhagen, Korref. Hermann und Hartfort. — 4) Ministerium des Innern: Kloß, Korref. v. Birchow und Krieger. — 5) Staatsministerium, Ministerium des Auswärtigen, beide Kammer, Staatskabinett und Überrechnungskammer: Hagen, Korref. v. Häbler und Behrend. — 6) Finanzministerium, Münze und Staatschulden: Steinhardt, Korref. Hagen. — 7) Postamt, Seehandlung und Staatschulden:

Zweifel, Korref. André und Kerst. — 8) Direkte und indirekte Steuern: Plazmann, Korref. Pieper. — 9) Domänen und Forsten: Krause, Korref. Peterson und Graf Hake. — Landwirtschaftliches Ministerium: Graf Hake, Korref. Häbler. — Geistwirtschaft: André, Korref. Osterath. — 10) Justizverwaltung: Taddel und Ottow, Korref. Kloß und Pieper. — 11) Kultus: Schubert, Korref. John und Plazmann. — 12) Marine: Hartfort, Korref. Kerst. — 13) Handel und Gewerbe: v. Hennig, Korref. Parrissus (Brandenburg) und Hermann. — Eisenbahnenverwaltung: Kübne, Korref. v. Carnall. — 14) Post und Telegraphie: Krieger und John, Korref. v. Hunk und Steinhardt. — Bergwerksweien: Sello, Korref. v. Carnall. — 15) Hohenzollernsche Lande: Sieber, Korref. Taddel. — Alle diese Referenten sind nur für die Kommission selbst von dem Vorstehenden ernannt; die für das Plenum werden später von der Kommission gewählt. In ähnlicher Weise sind in der Kommission wegen des Gesetzes über die ländliche Polizeiverwaltung zum Referenten ernannt der Abg. v. Saenger, zum Korref. der Abg. Knobenagel.

Der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Anklagebefreiung des Verlebten im Strafverfahren, lautet: §. 1. Wenn der Staatsanwalt und der Ober-Staatsanwalt die gerichtliche Verfolgung ablehnen, so kann der Anzeigende zu gerichtlichem Protokoll oder in einer von einem Rechtsanwalte verfaßten Schrift bei dem Appellationsgerichte auf Beschlusshafung über seine Anzeige antragen. §. 2. Die Einleitung der gerichtlichen Voruntersuchung ist nur dann zu beschließen, wenn das Gericht bei freier Prüfung findet, daß der Anzeigende die Richtigkeit der angezeigten Thatsachen vorausgesetzt, in seinen Rechten verletzt erachtet. §. 3. Wird die gerichtliche Voruntersuchung befohlen, so sind die Verhandlungen mit dem Beschlusse dem zuständigen Gerichte erster Instanz zu übersenden, und es erfolgt das weitere Verfahren nach den bestehenden Vorschriften. §. 4. Bei Übertretungen entscheidet die Rekursabteilung des Appellationsgerichts über eventuelle Einleitung des Verfahrens. §. 5. Im Fall der Einleitung gehen die Verhandlungen an das zuständige Gericht erster Instanz. §. 6. Das Appellationsgericht hat vor der Beschlusshafung (§. 2 u. 4) den Ober-Staatsanwalt mit seinem schriftlichen und auf Verlangen mit seinem mündlichen Antrage zu hören, und den gefassten Beschluss dem Ober-Staatsanwalt und dem Anzeigenden mitzuhören. Eine Beschwerde über den Beschluss findet nicht statt. §. 8. Das gegenwärtige Gesetz findet nicht Anwendung auf einfache Bekleidungen, Ehrenreverlegungen und leichter Verjährungen in den Fällen der §§. 182 und 183, 152—156 und 189 des Strafgesetzbuches, und auf die dem Verfahren nach dem Gesetz vom 2. Juli 1852, betreffend den Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten, unterliegenden strafbaren Handlungen. §. 9. In dem Verhältnisse der Beamten der Staatsanwaltschaft zu den Gerichten und zu dem Justizminister wird durch dieses Gesetz nichts geändert. In den Motiven zu dem Gesetz, betr. die Anklagebefreiung des Verlebten im Strafverfahren, ist gesagt, daß zwar die Anklage der Staatsanwaltschaft Regel bleiben, falls sie dieselbe aber ablehnt, dem Verlebten freistehen soll, seine Beschwerde dem Appellationsgericht vorzutragen. Die Zulieferung des Verlebten als solcher ist für den Verlauf des Untersuchungsverfahrens nicht eintreten zu lassen, da sie nur dann Bedeutung haben würde, wenn damit eine Befreiung des Verlebten zur eigenen Verfolgung des Beschuldigten vor Gericht, insbesondere auch zur Einlegung von Rechtsmittel gegen Erkenntnisse zu verbinden gewesen wäre, oder wenn zugleich die Geltendmachung seines Civilanspruchs auf Entschädigung auf den Weg des Untersuchungsverfahrens hätte verweichen, oder von dem Ausfall des strafgerichtlichen Erkenntnisses abhängig gemacht werden sollen. Zu einzelnen Paragraphen des Entwurfs wird bemerkt: Zu §. 1. Die für die Angelege vorgeschriebenen Formalitäten bewecken, der bei Denunziationen erfahrungsmäßig häufig anstrengenden schädlichen Einwirkung von Winkelkristallstellern Schranken zu setzen und eine reisliche Überlegung des Antrags herbeizuführen. Zu §. 2. Enthält die Beschwerde bei dem Appellationsgericht neue Thatsachen oder Beweismittel, welche dem Staatsanwalt früher noch nicht vorgelegen und von dem Appellationsgericht nicht mehr in Betracht gezogen werden können, so kann der Ober-Staatsanwalt die Zustellung der Anzeige zur weiteren Verfolgung fordern, auch wenn das Gericht die Verfolgung abgelehnt. Zu §§. 4 u. 5. Die Abweichungen des Verfahrens werden dadurch notwendig, daß im ersten eine gerichtliche Voruntersuchung nicht eintreten kann.

Die Anlagen zum diesjährigen Budget werden allmäßig ausgegeben. Die verzinnten Staatschulden haben sich gegen voriges Jahr (265, 195.000 Thlr.) um 6,695.000 Thlr., also 258,500.000 Thlr. vermindert. Die unverzinsliche Schulds ist unverändert geblieben, 15,840.000 Thlr. Bestehten sich auf A. allgemeine Staatschulden 234,800.000 Thlr., B. provinziale Staatschulden 4½ Mill., C. Eisenbahnschulden 19½ Mill. Es sind für 1862 ausgefeilt zu Verzinsung und Tilgung: ad A. 9½ Mill. resp. 4½ Mill., ad B. 122,800 Thlr. resp. 206,000 Thlr., ad C. 780,000 Thlr. resp. 156,000 Thlr.; im Ganzen zur Verzinsung 10½ Mill. zur Tilgung etwas über 5 Mill. Zu Rententzahlungen sind angezeigt 40,600 Thlr. Für die Staatsdruckerei, welche ebenfalls unter den Stat. der Staatschuldenverwaltung gehört, wird auf einen Neuberich in diesem Jahre gerechnet, von 42,700 Thlr., nämlich, indem die Mehrerinnahme gegen voriges Jahr auf 66,000 Thlr. veranschlagt ist. Der Stat. des Herrenhauses ist unverändert geblieben — 40,600 Thlr. Ausgabe; der des Hauses der Abgeordneten ist um 2700 Thlr. geringer als voriges Jahr; er beträgt 198,850 Thlr. — Der Stat. des Staatsministeriums ist auf 76,950 Thlr. gestiegen, gegen voriges Jahr also um 2400 Thlr. höher. d. h. um den Gehalt eines vortragenden Rates beim Kronprinzen. Dazu 5700 Thlr. nachträglich für den Umbau des Dienstgebäudes. — Die Ausgaben des auswärtigen Ministeriums sind in der Gesamtsumme ziemlich unverändert. Bei den in Italien eingetretenen politischen Verhältnissen ist zur Zeit das Bedürfnis einer Gefandtschaft in Neapel nicht mehr vorhanden; dadurch werden 11,000 Thlr. erzielt; der Gesandte in Turin erhält dafür 5000 Thlr. Zulage. Durch die „für zulässig erachtete“ Auflösung des Generalsonjals in Persien werden fast 15,000 Thlr. erzielt. Für die Herzogswina und Böden soll ein besonderes Konsulat gegründet werden, mit 6000 Thlr. Dotation. „Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse machen die dauernde Erhöhung des Fonds zu geheimen Ausgaben um wenigstens 10,000 Thlr. erforderlich.“ — Im Stat. des Finanzministeriums findet sich eine neue Position „zur Auflösung des Staderolls“ — 34,489 Thlr.; die Summe ist bereits am 1. Okt. 1861 bezahlt, jetzt wird die nachträgliche Genehmigung nachgefragt. An Wartegeldern sind zu zahlen aus alten Mindesten 57,000 Thlr., 10,000 Thlr. mehr als in vorigen Jahre. — Die Zahl der aktiven höheren Regierungsbeamten ist: 8 Oberpräsidenten, 25 Regierungspräsidenten und Vizepräsidenten, 270 Ober- und Regierungsräthe.

Der Staat zahlt an Pensionen für emeritierte Zivil-Staatsdiener 1,600,000 Thlr., an Zivil-Staatsdiener-Pensionen, über welche bei eintretender Erledigung nicht wieder disponirt wird, 100,000 Thlr., an Militär-Pensionen 3,287,710 Thlr., an Landgendarmerie-Pensionen 190,750 Thlr., zusammen 5,178,460 Thlr. Pensionen für Wittwen und Waisen verstorbenen Zivilstaatsdiener 74,200 Thlr., Gnadenpensionen 55,000 Thlr., Unterstützungen für arme Beamten und Beamten-Wittwen 37,300 Thlr. Es bleibt einen Zuschuß von 684,330 Thlr. zur Allgemeinen Wittwen-Berlegschaftsanstalt.

In Sensburg-Osterlitzburg ist der Kreisrichter Bellier de Launay (Fortschrittspartei) zum Abgeordneten gewählt worden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 30. Jan. [Der Verein der deutschen Landwirthe.] Bei der Generalversammlung des Vereins der deutschen Landwirthe, welche am Dienstag hier stattfand, hielt der Vorstehende, Herr v. Tempelhoff, folgende Anrede:

Meine Herren! Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, geziemt es sich wohl, daß wir uns darüber Rechenschaft geben, ob wir unserem Ziele, das deutsche Element zu stärken, näher gekommen sind. Wir kommen freilich, wie es scheint, von keinem glänzenden Erfolge reden. Der Ausfall der Wahlen ist den Deutschen ungünstiger gewesen, als je früher; dies beweist wenigstens keine Stärkung. Betrachten wir aber die Wahlresultate genauer, so bemerken wir, daß die Deutschen sich mit einer Energie dabei beteiligt haben, von der sonst nicht die Rede war. Sie sind vollzählig erschienen, sie waren in ihren Abstimmungen einig, und man weiß von seinem Kompromiß mit den Polen. Wenn auch das materielle Ergebnis der Wahlen ein ungünstiges, so ist doch der ideelle Gewinn, den die Deutschen dadurch davongetragen, daß die Einigkeit unter ihnen keine Chimäre geblieben, sondern praktisch erreicht worden, nicht gering. Es hat dies ihr Selbstbewußtsein gestärkt; das Gefühl der Nationaltheit ist in ihnen erwacht, und es wird fortan für eine Schande gelten, der deutschen Fahne untreu zu werden. Ob wir dies Resultat herbeigeführt haben, wage ich freilich nicht zu behaupten, aber unser Scherflein haben wir dazu beigetragen, und jedenfalls bleibt uns das Verdienst, den, in allen hiesigen Deutschen wohnenden Gedanken, bei den Wahlen den Polen gegenüber zusammenzutun, und nicht mit ihnen zu paktieren, zuerst öffentlich in unserm Wahlprogramme ausgesprochen zu haben. Dadurch hat unser Verein die Gunst der öffentlichen Mei-

nung gewonnen, und es gilt nur, sie uns durch Beharren bei Recht und Wahrheit zu erhalten.

Den scheinbaren Sieg unserer Gegner kann ich nicht hoch veranschlagen; er hat ihnen mehr gelöstet, als er werth ist. Vergeblich haben sie durch alle ihre Organe, durch die Presse, durch ihre Vereine, durch ihre Geistlichkeit, das Volk aufzureißen gesucht. Vergeblich sind in den Kirchen monatlang revolutionäre Lieder gesungen worden: keine nationale Demonstration hat ihre Anstrengungen befohlt. Seit bemüht man sich, das Ergebnis der Wahlen als eine solche darzustellen. Aber nicht politische Vereine haben es erkämpft; nicht in politischen Klubs hat man den Bauer und den Tagelöhner überredet; sondern vor dem Altare hat ihnen der Priester gefragt, nicht daß es gäte. Polen wiedere aufzurichten, sondern die katholische Kirche zu schützen. — Die Wahlen beweisen also nicht die Macht der nationalen Gesinnung des Volkes, sondern die der katholischen Kirche. Ein ganz besonderer Beweis, daß dies Resultat eine ganz konfessionelle und keine nationale Bedeutung hat, liegt darin, daß auch die deutschen Katholiken, selbst da, wo sich polnische Sympathien unter ihnen nie gezeigt haben, wie im Meieringer und Bienbaumer Kreis, diesem geistlichen Zwange erlegen sind. Dadurch, daß die Agitatoren es haben der Geistlichkeit überlassen müssen, die Wähler durch kirchlichen Zwang für sich zu gewinnen; und dadurch, daß es überhaupt nicht gelungen, eine nationale Demonstration hervorzurufen, haben sie bewiesen, daß der polnische Patriotismus in unserer Provinz, von dem sie so viel reden, überhaupt in der Masse des Volks nicht existiert. Die ganze Bewegung gewinnt aber jetzt den Antheil eines bloßen Wahlmorders, wenn man erwägt, daß erst nach Beendigung der Wahlen der Erzbischof zu der Einsicht gekommen, daß das Absingen revolutionärer Lieder in den Kirchen unstatthaft ist, wenn er jetzt erst anfehlt, Alles zu vermeiden, was als Verleumdung der Geiste oder der unserm Könige schändlich angesehen werden könnte. Hat dieser erleuchtete Prälat nicht früher bedacht, daß durch seine allzugroße Nachsicht der katholischen Gesinnung seiner Diözesen eine tiefe Wunde dadurch geschlagen, daß die Kirche zum politischen Agitationsmittel herabgewürdig worden? Schon oft hat das biege Volk den Alarmruf hören müssen: die Religion ist in Gefahr! Und immer hat es geglaubt, obgleich es getäuscht worden. Wie oft glauben die Herren noch von diesem Mittel Gebrauch machen zu können. Bedenken Sie gar nicht, daß es Ihnen vielleicht gehen könnte, wie den thüringischen Jungfrauen der b. Schrift, deren Del verbrant war, als der Bräutigam erstickt?

Dem Allen gegenüber, m. o., bedürfen wir nichts als Ruhe. Die Verlegungen des Gesetzes, die etwa vorgekommen, wird das Gesetz zu strafen wissen; die öffentliche Meinung durchschaut die Blendwerke, die ihr vorgezeigt werden. Die Presse, die so lang für die Polen Partei ergreift, hat sie verlassen. Lassen wir auch ferner unsere Gegner für uns in dieser Hinsicht sorgen. Stellen wir nicht ihrer Forderung der Suprematie ihrer Nationalität die entgegengesetzte gegenüber. Es würde dies die Bedeutung unseres Kampfes nur verdunsten. Nicht steht es, um die eigentlich gelämpft wird. Lassen Sie uns dieses Lösungswort unserer Zeit näher betrachten.

Was ist eigentlich ihr Wesen? — Begründet wird sie durch die Geburt und die Sprache, die Sitten und Gebr

nennen: „Verein zur Förderung deutscher Interessen in der Provinz Posen.“ — Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene Deutsche werden; deutsche Gemeinden und Vereine können demselben durch Deputate beitreten. Jeder solchen steht der Beitritt durch Meldung bei dem Vorstande frei, welcher über die Aufnahme entscheidet. Der nächsten Generalversammlung wird ein erweitertes Statut zur Verathnung vorgelegt werden. — Um bei den nächsten Wahlen ein den Deutschen günstigeres Resultat zu erzielen, wurde vom Vorstande eine Petition an das Abgeordnetenhaus vorgelegt, welche eine günstigere Legung der Wahlkreise erbitte; dieselbe wurde genehmigt, unterschrieben und wird zur Unterzeichnung weiter verbreitet werden. — Das Mitglied des Vorstandes, welches nach dem Statut ausscheiden sollte, wurde einstimmig wiedergewählt und die Versammlung sprach dem Vorstande ihren Dank und ihre Anerkennung für seine Thätigkeit aus.

C — [Posener Provinzialbank.] Gestern, nicht am Montag, wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ berichtete, fand eine Sitzung des Verwaltungsrates unserer Provinzial-Aktienbank statt. Der vorgetragene Geschäftsbericht, dem seiner Zeit wir nähere Mittheilungen entnehmen werden, bestätigte aufs Neue die allgemein herrschenden Ansichten über die günstige Lage des Unternehmens. Das Geschäft hat auch im vorigen Jahre an Umsatz zugenommen, die Zirkulation der Noten ist eine größere geworden, während sich die Summe der zur Einlösung präsentirten Noten vermindert hat: Resultate, welche für die gediegene und umsichtige Geschäftsführung der Direktion den besten Beweis liefern. Die zur Vertheilung kommende Dividende wurde vorläufig auf 5½%o Proz. festgestellt. Im Vorjahr betrug sie 5½%o Proz. Der Reservesond ist auf etwa 46,000 Thlr. angewachsen.

R — [Zur Londoner Industrieausstellung.] Zu dem gestrigen Artikel über diesen Gegenstand haben wir noch nachzutragen, daß so eben eine anderweite Bestimmung getroffen ist, nach welcher die Aussteller des Posener Bezirks die zur Ausstellung angemeldeten Gegenstände nicht nach Stettin zu senden brauchen. Es ist nämlich laut einer Benachrichtigung der hiesigen „R. Bezirks-Kommission für die Londoner Industrieausstellung“ hier in Posen eine Empfangsstelle und zwar im Komptoir des Spediteurs Hrn. Moritz S. Au erbach (Dominikanerstraße) errichtet, jedenfalls eine wesentliche Erleichterung für die Aussteller — und werden die

betr. Gegenstände dann schon von hier aus auf Staatskosten abgesendet werden.

O — [Ein Mordversuch] wurde am vergangenen Sonnabend Vormittags in dem Hause, Venetianerstraße 15/16 verübt. Ein gewisser K., der zuletzt in Breslau Tabagist gewesen, und bereits in Bukarest wegen Fälschung bestraft worden war, kam hier zu seiner in jenem Hause wohnhaften Frau, mit welcher er im Scheidungsprozeß lebte, brachte ihr mit einem Rastmesser mehrere Wunden bei, darunter einige über Hals und Gesicht, und wurde schließlich von Leuten, die auf den Hülseruf der Frau herbeieilten, überwältigt und zur Haft übergeben. Glücklicherweise sind die Verwundungen der Frau nicht lebensgefährlich.

r Wollstein, 28. Jan. [Goldene Hochzeitsfeier.] Gestern begingen in Unruhstadt die Ephraim Pinthuschen Cheleute in würdiger Weise das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubelbräutigam ist ein noch rüstiger Bursche von 75 Jahren, die Jubelbraut ist bereits 79 Jahre alt. Vormittags 9½ Uhr begab sich der Rabbiner Mendelsohn, die Gemeindebehörden und die achtbarsten Gemeindemitglieder in die Bebauung des Jubelpaares, geleiteten den Jubelkreis (dessen Ehefrau mußte wegen zu großer Schwäche zu Hause bleiben) in die feistlich geschmückte, erleuchtete Synagoge, und nach einem einleitenden Gelang in hebräischer Sprache hielt der Rabbiner ein ergreifendes Gebet für das Jubelpaar, worauf der Jubelkreis selbst seinen Gefühlen durch ein herzliches Gebet Ausdruck verlieh. Nach einem Schlussgebet begab sich die Festveranstaltung in geordnetem Zuge wiederum in die Bebauung des Jubelpaares. Dort vollzog der Rabbiner die Trauung und hielt eine gehaltvolle Predigt über Hosea 12, 9. Nach beendigter Feier nahm das Brautpaar die Glückwünsche des Gemeindeworandes, dessen Mitglied der Jubilar ist, und des Vorstandes des heiligen Vereins, zu dessen Vorstand der Jubilar ebenfalls gehört, von entsprechenden Gelehrten begleitet, entgegen. Noch nie ist eine derartige Feier in der jüdischen Gemeinde zu Unruhstadt begangen worden.

Bermischtes.

* Brüssel, 27. Jan. Im Übungslager zu Beverloo fand dieser Tage, wie das „Avenir“ berichtet, ein Duell zwischen einem russischen Offizier und einem belgischen Kapitän Dupré statt. Der Russ hatte sich in Gegenwart mehrerer Offiziere geringschätzende Ausdrücke gegen das belgische Militär erlaubt. Dies ist die Ursache des Duells auf Pistolen. Den ersten Schuß that der russische Offizier und verschißte dem Kapitän Dupré die rechte Faust. Dieser nahm das Pistol in die Linke und schoß dem Russen durch den Kopf, daß er auf der Stelle tot hinfiel.

* Am 1. (13.) hat das russische Telegraphenetz den Ural und

die Grenzen Asiens überschritten, indem der Telegraph von Perm nach Tjumen längs der großen sibirischen Heerstraße eröffnet worden ist.

Angekommene Fremde.

Vom 30. Januar.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer Graf Plater aus Prochy, Restaurateur Kullat und Kaufmann Boguslawski aus Pinne. OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Gutsbesitzer v. Trampezyński aus Bielawy, Inspektor der Korrektionsanstalt Nißlitz aus Kosten, Rittergutsbesitzer v. Turno aus Słopanowo, Architekt Hoch aus Halle, Gutsbesitzer Salzgryński aus Marienwerder, die Kaufleute Schütz aus Berlin, Mühlé aus Stettin und Michael aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Kreisphysitus Dr. Michalewski nebst Frau aus Wągrowiec, Gutsbesitzer v. Suchowolski aus Tarnowo, die Gutsbesitzerinnen aus Węgry.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Direktor Schierning aus Neustadt-Eberswalde, die Rittergutsbesitzer v. Grabski aus Brostow und Lehmann aus Pawlowko, die Kaufleute Edel, Korn, Heindorf, Balz und Alexander aus Berlin, Linn, Schäfer und Müller aus Leipzig, Pulvernacher aus Breslau, Evers, Holländer und Dreyfus aus Köln, Cords aus Krefeld, Moses jun. aus Stettin, Neuerwerb aus Triest und Busch aus Hamburg.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Heim aus Barnim, Siegel aus Dresden, Walter aus Breslau und Meigner aus Leipzig, die Rittergutsbesitzer v. Poncel nebst Frau aus Alt-Tomysl, v. Dreskow aus Polen und Frhr. v. Kazeler aus Frankwitz.

BAZAR. Gutsbesitzer v. Przydzynski aus Rusiec, Frau Gutsbesitzer v. Jaraczewski aus Lipno, die Gutsbesitzer v. Kierski aus Podstolice und Betkowski aus Czarlin.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Wedener aus Berlin, Apotheker Krüger aus Stenzewo, die Gutsbesitzer Kunau aus Scholken und Nehring aus Solotnik, Feuerversicherung-Inspektor Hirschfeld aus Bromberg, Bürger v. Taczanowski aus Warschau, die Rittergutsbesitzer Hoffmeyer aus Złotnik, v. Taczanowska aus Pogorzele und v. Kożutka aus Modliszewo.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Beradt aus Grätz, Laskowiz und Saloschin aus Kosten, Oppenheim aus Wollstein, Wiśniewski aus Kierstädtel und Frau Kaufmann Pierig aus Gnesen.

BUDWIG'S HOTEL. Gutsbesitzer Hase aus Zerkow, Kanton Pulvernacher aus Schmiegel, Deconom Stary aus Prusik, die Kaufleute Badt aus Erm, Gutmann und Cohn aus Breslau, Krause und Hery aus Schneidemühl, Cohn aus Wągrowiec, Gumprecht aus Schrimm, Apt aus Ostrowo, Glogowski aus Jarocin, Pinn aus Gründerberg, Rosentreter aus Golaszyn, Stern aus Berlin, Löwenthal und Brinn aus Zerkow.

KRUG'S HOTEL. Handelsfrau Sand aus Breslau.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Proclama.

Das königl. Kreisgericht zu Schröda.

Zweite Abtheilung.

Das zum Nachlass der Witwe des Postexpeditors Johann Wilhelm Zeiger, Amelie Henriette geborene Brisler gehörige, in der Stadt Santomysl unter Nr. 6 belegene Grundstück, abgeschäfft auf 593 Thlr.

soll im Wege der freiwilligen Substaftation im Termine am 20. März 1862 Vormittags um 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft werden. Schröda, den 11. Januar 1862.

Proclama.

Folgende Hypothekenposten:

I. Die auf dem Grundstücke der Adolph und Rosine Publicchen Cheleute Nr. 114 zu Kobylin auf Grund der Urkunde vom 24. November 1824 ex decreto vom 22. Juni 1826 sub Rubrica III. Nr. 1 für die Christian und Beate Ziegenhagen'schen Erben eingetragenen 100 Thlr. nebst 5 Prozent Zinsen,

II. Die auf dem Wagner'schen Grundstücke Nr. 48 zu Kobylin aus dem Anerkenntniß der Gotthold und Charlotte Wagner'schen Cheleute vom 12. April 1823 sub Rubrica III. Nr. 1 für den Ephraim Krug eingetragenen rückständigen Kaufgelder von 300 Thlr. nebst 5 Prozent Zinsen, sollen bezahlt sein und gelöscht werden.

Alle unbekannten Interessenten und namentlich:

I) Die Rechtsnachfolger der Ziegenhagen'schen Cheleute:

a. die verwitwete Ziegenhagen Dorothea Friederike geb. Ackermann,

b. die Anna Eleonore Ziegenhagen,

verehelicht an den Schuhmacher Friedrich Traugott Eishold, im Jahre 1833 zu Posen,

c. die Friederike Karoline Ziegenhagen im Jahre 1834 zu Berlin,

2) Die dem Aufenthalte nach unbekannten Ephraim Krug'schen Rechtsnachfolger:

a. Daniel Thiel, zweiter Chemann der Sufanna Krug,

b. die Charlotte Krug verehelichte Ernst in Polen,

c. die Beatha Krug verehelichte Neumann in Polen,

d. der Daniel Pflegel

oder deren unbekannte Erben und Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens im Termine

den 14. April 1862 Mittags 12 Uhr vor dem Herrn Kreisrichter Martens getan zu machen, widrigenfalls sie damit präkludirt werden und die Löschung der obigen Posten erfolgen wird.

Krotoschin, den 9. November 1861.

Königliches Kreisgericht, I. Abtheilung.

Offentliche Bekanntmachung.

Der Besitzer der Læg-Mühle bei Posen, Herr Nachowczynski, hat angeblich zwei Posener Rentenbriefe über je 100 Thlr. Litt. C. Nr. 16 und 4812 verloren.

Jeder, der an diese beiden Rentenbriefe ein

Aurecht zu haben vermeint, wird aufgefordert, sich bei dem Kreisgericht Posen spätestens im

Termine

den 4. August 1862 Vormittags 12 Uhr

zu melden und sein Recht nachzuweisen, wider-

entlich die beiden Rentenbriefe für erloschen er-

klärt und dem Verlierer zwei neue Rentenbriefe

an deren Stelle ausgestiftet werden sollen.

Posen, den 24. November 1861.

Königliches Kreisgericht. Abtheilung

für Zivilsachen.

Auf dem Dom. Strykowo bei Sten-

schewo ist, von Georgis d. J. ab. die Pro-

pination, bestehend aus 2 Krügen nebst der

Fischerei, zu verpachten. Kauftaftige Päch-

ter können sich bei dem dortigen Inspektor melden.

Die Graetz'schen Handelsläden, nörd-

Auskunft ertheilt der Stadtsekretär Zehe.

Mein hierbei am Hauptmarkt an der freien Marktentstehenden Stelle der Stadt belegenes, aus 2 Etagen bestehendes Haus bin ich Willens aus freier Hand mit und ohne daß darin seit 16 Jahren betriebene Galanterie- und Kurzwarengeschäft Familien halber unter guten Bedingungen zu verkaufen. Dasselbe ist zu jedem Kaufmännischen Geschäft, sowie zur Gastrwirtschaft sehr gut belebt, hat mehrere massive Kellerräume, einen großen Hofraum und gehören zu demselben 2 Parzellen Waldland und 2 große Morgenden Land an der Stadt.

Trzemieszno, den 27. Januar 1862.

Wolff Lachmann.

Eine Dalmühle, bestehend aus zwei Ramm-

pressen und drei Paar Stampfen ist nebst

sämtlichem Zubehör sofort billig zu verkaufen in Kuraz-Mühle bei Pudewitz.

Sonntag den 2. Februar

bringe ich

mit dem Frühzuge einen Transport

Nekrücher Kühe u. Kälber

zum Verkauf nach Posen und logire in Bud-

wigs Hotel.

Hamann, Viehhändler.

20 Stück starke gut gemä-

stete Ochsen sind in der Schol-

tsisei Milbau bei Gr. Glo-

gau sofort zu verkaufen.

Auf dem Vorwerk Jankowo bei Schwer-

senz stehen 100 Fetthammel zum Verkauf.

Das Näherte zu erfahren bei Jacob Adolph,

Wallischei Nr. 36/38.

70 Stück fette Hammel

stehen auf dem Dom. Kiekz

zum Verkauf.

Gieße 50 Schod gutes langgewachsene Rohr

find zu verkaufen in Kuraz-Mühle bei

Pudewitz.

Holländische wollene Ge-

undheitshemden

a 4, 5, 6 und 7 Thlr. das Paar.

Um damit zu räumen, verkaufe ich den kl.

Bestbestand d. holländ. wolle Gesundheitshem-

den zu obigem Preise mit 4% Rabatt.

S. H. Korach, Wasserstr. 30.

Alleiniges Depot der holländischen wollenen

Gesundheitshemden.

Zwei hydraulische Delpressen (Bungenform)

werden zu kaufen gelucht und nehmen fr.

Öfferten mit beizufügender Zeichnung, Beschrei-

bung und Preisforderung entgegen.

Alport & Fränkel.

Gebr. Plessner, Markt 91.

100 Bogen Briefpapier, klein Format, 5 Sgr.

100 Kuverts in zwei Größen von 5

1 Rieß Konzept, guter Dual. von 1 1/2 Sgr

Kl. Ritterstr. 2, 2 Tr. ist e. möbl. Stube zu verm.
Schiffstr. 20 Seitereing. 1. St. 1mbl. St. sof. z. v.
Eine gut möblirte Wohnung ist zum 1. Febr.
oder auch so gleich zu vermietben. Königs-
straße Nr. 18 bei **Hildebrand.**

Bei einer deutschen Familie im Königreich
Polen, nahe der preußischen Grenze, wird
für ein Mädchen von 11 Jahren eine erfahrene,
mit guten Zeugnissen versehene Erzieherin, evan-
gelischer Konfession, gesucht, die, außer den
Elementargegenständen, gründlichen Unterricht
im Deutschen, Französischen, in der Russ und wo-
möglich auch im Polnischen zu ertheilen fähig ist.
Adressen **M. P. R. Fräulein Theresia Cohn** in Pleschen.

Auf einer höheren Festung im Königreich
Polen, im Besitz eines Deutschen, wird ein
tüchtiger Oberinspektor zu Johann d. J. gesucht,
der wo möglich verbarthet und der polnischen
Sprache mächtig ist und von einem bekannten
Landwirth der Provinz Posen oder Westpreußen
gut empfohlen wird.

Ein guter Gehalt, Deputat z. wird zuge-
sichert. Nähere Nachrichten erhält auf fran-
zösische Briefe die Expedition dieser Zeitung, so
wie Herr Rittergutsbesitzer **Wirth** zu Lo-
pieno bei Klecko.

Deutsche, evangelische Tagelöhnerfamilien
werden auf dem Dominium **Ludom**
bei Obornik gesucht. Der Eintritt kann Mariaen
und George d. J. erfolgen. Nur persönliche Wele-
dungen werden berücksichtigt.

Ein Lehrling wird gesucht. **J. Bendix.**

In meinem Kolonialwaren-, Kurzwaren-
und Eisen-Geschäft ist eine Lehrlingsstelle
offen und kann bald besetzt werden.

August Cleemann in Frankfurt.

Zum sofortigen Eintritt wird ein gut empfehl-
barer Wirtschaftsschreiber gesucht. Wo?
sagt die Expedition dieser Zeitung.

Ein Lehrling kann sofort plaziert werden in der
Galantei- und Porzellanwaren-Hand-
lung von **R. Kantorowicz**, Markt 60.

Ein unverheiratheter und militärfreier Kunst-
gärtner sucht vom 1. April d. J. eine ander-
weite Stelle. Näheres in der Expedition der
Posener Zeitung.

A. S. Freundl. Gruß Mont. vers. bitte per
A. Post um baldiger näherer Mittheilung,
ich bin sehr Ihr.

Musikalien
werden, um damit zu räumen, zu bedeutend her-
abgelegten Preisen verkauft in der

Mittler'schen Buchhandlung
(**A. G. Doeppner**),
Wilhelmsstraße Nr. 19, Busch's Hotel.

Wohlfahrt-Musikalien.

In der **Mittler'schen Buchhandlung**
(**A. E. Döpner**) ist zu haben:

Kretschmer, 3 Mazurek f. Pitt. 2 Sgr.
3 Mazurek u. 1 Polka 2

Winter, Konstantin Polka 1

3 Mazurek 2

Goldschmidt, Urania-Polka-Mazurka 2

Wichtig
für Brennereibesitzer, Dekonomen und Steuerbeamte.
So eben erschien in zweiter vermehrter Auflage (die erste Auflage von
2000 Exemplaren wurde allein in der Provinz Schlesien verkauft):

Der praktische Brauntweinbrennerei-Betrieb
auf seinem gegenwärtigen Höhepunkt. In Verbindung mit den betreffenden
Steuergesetzen und Verwaltungsvorschriften. Ein Handbuch für Brennereibesitzer, Deko-
nomen und Steuerbeamte. Mit 34 in den Text gedruckten Abbildungen. Herausgegeben
von **T. Gläser**, königl. preuß. Ober-Steuerkontrolleur. Geh. 1½ Thlr.

Supplement zu **Gläser's Brauntweinbrennerei-Betrieb**:

Auweisung zu einem Maischverfahren für Kartoffeln, Getreide und Mais, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhend und durch die Praxis erprobt, sowie
zur Bereitung einer diesem entsprechenden, vorzüglich kräftigen Hefe, ohne Auf-
wendung von Alkalien, vermöge welcher die Maische in der Regel bis auf 1% und
darunter vergährt. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. In Envelope. Preis
2 Thlr.

Das Gläser'sche Buch enthält die Quintessenz der Spiritus-Fabrikation; es lehrt
kurz und für Federmann verständlich die Kunst: aus dem möglichst kleinen Vor-
tigräume, bei dem geringsten Betriebskosten-Answande, den höchstmög-
lichen Extrakt aus dem Rohmaterial zu ziehen, und bringt zugleich alle ein-
schlägigen Verwaltungs- und Kontrollvorschriften nebst den nötigen Formularen und Bei-
spielen für den praktischen Gebrauch.

Verlag von **Otto Spamer** in Leipzig und vorrätig in der
J. J. Heine'schen Buchhandlung, Markt 85.

Ein Lehrling wird gesucht. **J. Bendix.**

Verein zur Förderung deutscher Interessen in der
Provinz Posen

nennen. Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene Deutsche werden; deutsche
Gemeinden und Vereine können denselben durch Deputate beitreten. Sedem
solchen steht der Beitritt durch Meldung bei dem Vorstande frei, welcher über die
Aufnahmen entscheidet.

Die nächste Generalversammlung wird über die nötige Erweiterung des
Status berathen.

Auf Obiges Bezug nehmend, fordert der unterzeichnete Vorstand diejenigen
Deutschen, auch Gemeinden und Vereine, welche unserem Vereine beitreten wollen,
auf, sich mit Beilage des jährlichen Beitrages von 1 Thlr. bei unserm Vorstanden,
dem Rittergutsbesitzer Herrn **v. Tempelhoff** auf Dąbrowko bei Posen
zu melden und ihre Adresse recht genau anzugeben.

Posen, den 28. Januar 1862.

Der Vorstand

des Vereins zur Förderung deutscher Interessen in der Provinz Posen.

Auswärtige Familien-Meldungen.

Verlobungen. Berlin: Frl. B. Koschisch.

mit dem Freiherrn C. v. d. Reck-Haaren; Swi-
nenburg: Frl. M. Krause mit dem Lieutenant
v. Priesdorff. Kirchheilungen: Frl. Selma
Schwartz mit dem Herrn Dr. Schellbach.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Familien-Meldungen.

Als Verlobte empfehlen sich Freunden
und Verwandten:

Henriette Jablonska, Lippmann Caro.

Gräf. Samoczyński.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu-Ruppin, Oberstleut. z. D.
v. Engelbrecht in Stargard in Pom., Dr. Catar
in Detmold, Minister v. Ploetz in Dessau, Frl.
Jacobi in Berlin, Rittmeister a. D. v. Salder
in Plattenburg, hr. Schaus in Del.

Geburten. Ein Sohn dem Staatsanwalt
v. Schelling in Berlin; eine Tochter dem Haupt-
mann v. Wolff in Köln; dem Rittmeister v.
Burgsdorff in Demmin.

Todesfälle. Frau Hodgetts in Berlin,
Dr. Raphenstig in Neu